

**No. 35487**

---

**Germany  
and  
Ukraine**

**Agreement between the Federal Republic of Germany and Ukraine for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital (with protocol). Bonn, 3 July 1995**

**Entry into force:** *3 October 1996 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 28*

**Authentic texts:** *German, English and Ukrainian*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 22 February 1999*

---

**Allemagne  
et  
Ukraine**

**Accord entre la République fédérale d'Allemagne et l'Ukraine tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune (avec protocole). Bonn, 3 juillet 1995**

**Entrée en vigueur :** *3 octobre 1996 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 28*

**Textes authentiques :** *allemand, anglais et ukrainien*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 22 février 1999*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Ukraine  
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung  
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Ukraine –

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen  
durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern, –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

**Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat  
oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

**Artikel 2**

**Sachlicher Geltungsbereich**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der  
Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die  
für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder – im Fall  
der Bundesrepublik Deutschland – oder einer ihrer Gebietskörper-  
schaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle  
Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen  
oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben  
werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräuße-  
rung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der  
Lohnsummensteuern.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkom-  
men gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

- die Einkommensteuer,
- die Körperschaftsteuer,
- die Vermögensteuer und
- die Gewerbesteuer,

im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet;

b) in der Ukraine:

- die Steuer auf Unternehmensgewinne (tax on profits of enterprises),

- die Steuer auf das Einkommen von natürlichen Personen (income tax on citizens),
- die Steuer auf Unternehmensvermögen (tax on property of enterprises) und
- die Steuer auf unbewegliches Vermögen von natürlichen Personen (tax on immovable property of citizens),

im folgenden als „ukrainische Steuer“ bezeichnet.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle von jedem der Vertragsstaaten erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander, soweit erforderlich, die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

### Artikel 3

#### Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Ukraine sowie das Gebiet, in dem das Steuerrecht des betreffenden Vertragsstaats gilt einschließlich des Festlandssockels und der ausschließlichen Wirtschaftszone, soweit der betreffende Vertragsstaat dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- d) hat der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, indem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen;
- e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
  - aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
  - bb) in bezug auf die Ukraine
    - i) alle natürlichen Personen, die die ukrainische Staatsangehörigkeit besitzen;
    - ii) alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Ukraine geltenden Recht errichtet worden sind;

g) bedeutet der Ausdruck „Internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen und in der Ukraine das Finanzministerium der Ukraine oder seinen bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

#### **Artikel 4**

##### **Ansässige Person**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

#### **Artikel 5**

##### **Betriebsstätte**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte,

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Erforschung oder Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, oder unterhält sie Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, aus denen sie regelmäßig für das Unternehmen Güter oder Waren liefert, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

#### **Artikel 6**

##### **Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus

unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

#### Artikel 7

##### Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als diese Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile nach dem Recht dieses Staates zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuermenden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

#### Artikel 8

##### Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Im Sinne dieses Artikels umfassen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr

- a) Einkünfte aus der Vercharterung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und
- b) Gewinne aus der Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und dazugehöriger Ausrüstung, die dem Transport der Container dient), die für den Transport von Gütern oder Waren im internationalen Verkehr genutzt werden,

sofern die Vercharterung oder die Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr zuzuordnen ist.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

#### Artikel 9

##### Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

#### Artikel 10

##### Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 20 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der Ausdruck „Dividenden“ bedeutet für die Zwecke dieses Artikels

- a) Dividenden auf Aktien einschließlich Einkünfte aus Aktien, Genußscheinen oder Genußrechten, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung und
- b) sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, und für die Zwecke der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene

Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderem Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

#### Artikel 11

##### Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 2 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen, die gezahlt wurden
  - aa) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstung auf Kredit,
  - bb) im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren auf Kredit oder der Erbringung von Dienstleistungen durch ein Unternehmen an ein anderes Unternehmen oder
  - cc) für ein von einer Bank oder einem anderen Kreditinstitut gewährtes Darlehen jeder Art;
- b) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen in allen anderen Fällen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 gilt folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Ukraine stammen und für ein durch HERMES-Deckung verbürgtes Darlehen oder an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft gezahlt werden, sind von der ukrainischen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung der Ukraine oder die Zentralbank der Ukraine gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.



(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder – im Fall der Bundesrepublik Deutschland – oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 12

##### Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren im Sinne von Absatz 4 Buchstabe a dieses Artikels nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 dieses Artikels werden Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, nur in dem anderen Vertragsstaat besteuert, wenn die ansässige Person der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren ist und die Lizenzgebühren Vergütungen im Sinne des Absatzes 4 Buchstabe b dieses Artikels sind.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die gezahlt werden

- e) für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen oder künstlerischen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk und Fernsehen und
- b) für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an wissenschaftlichen Werken, Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelogene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder – im Fall der Bundesrepublik Deutschland – oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Per-

son ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, aus irgendeinem Grund den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 13

##### Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von

- a) Anteilen, deren Wert oder deren größerer Teil des Wertes sich unmittelbar oder mittelbar aus unbeweglichem Vermögen herleitet, das in dem anderen Vertragsstaat liegt oder
- b) Beteiligungen an einer Personengesellschaft, deren Vermögenswerte hauptsächlich aus im anderen Vertragsstaat gelegener unbeweglichen Vermögen oder aus in Buchstabe a erwähnten Anteilen bestehen,

bezieht, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betreibt, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 4 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

#### Artikel 14

##### Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können im anderen Vertragsstaat nur dann besteuert werden, wenn der Person dort für die Ausübung ihrer Tätigkeit eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. In diesem Fall können die Einkünfte nur insoweit besteuert werden, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische,

erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

#### Artikel 15

##### Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung dieses Unternehmens befindet.

#### Artikel 16

##### Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

#### Artikel 17

##### Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Diese Einkünfte werden jedoch in dem in Absatz 1 genannten Staat nicht besteuert, wenn die Tätigkeit bei einem Aufenthalt in diesem Staat durch eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ausgeübt wird, und der Aufenthalt unmittelbar oder mittelbar von dem anderen Staat, einem seiner Länder – im Fall der Bundesrepublik Deutschland – oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird.

#### Artikel 18

##### Ruhegehälter

(1) Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die an eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für frühere unselbständige

Arbeit gezahlt werden sowie an diese Person gezahlte Renten, werden in dem Staat besteuert, aus dem diese Zahlungen stammen.

(2) Der Ausdruck „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig an eine natürliche Person zu festgesetzten Zeitpunkten auf Lebenszeit oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zu zahlen ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für bereits in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

(3) Ruhegehälter und andere regelmäßig wiederkehrende oder einmalige Zahlungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften als Wiedergutmachung von infolge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung oder infolge von Militär- oder Zivildienst erlittenen Schäden zahlt, können nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 19

##### Öffentlicher Dienst

(1) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder – im Fall der Bundesrepublik Deutschland – oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für diesen Staat, einem seiner Länder – im Fall der Bundesrepublik Deutschland – oder einer ihrer Gebietskörperschaften geleistete Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

- a) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist; oder
- b) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder – im Fall der Bundesrepublik Deutschland – oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 und 18 anzuwenden.

(3) Absatz 1 gilt auch für Zahlungen von dem und für das Goethe-Institut der Bundesrepublik Deutschland. Werden diese Zahlungen nicht in der Bundesrepublik Deutschland besteuert, so gilt Artikel 15.

#### Artikel 20

##### Lehrer, Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustauschs in diesem Vertragsstaat höchstens 2 Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Eine natürliche Person, die sich in einem Vertragsstaat lediglich als

- a) Student einer Universität, Hochschule oder Schule in diesem Vertragsstaat,
- b) Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre oder Praktikanten),
- c) Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer religiösen, mildtätigen, wissenschaftlichen oder pädagogischen Organisation vornehmlich zum Studium oder zur Forschungsarbeiten oder

d) Mitarbeiter eines Programms der technischen Zusammenarbeit, an dem die Regierung dieses Vertragsstaats beteiligt ist,

aufhält, und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist mit den für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland in dem erstgenannten Vertragsstaat von der Steuer befreit.

#### **Artikel 21**

##### **Andere Einkünfte**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

#### **Artikel 22**

##### **Vermögen**

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

#### **Artikel 23**

##### **Vermeldung der Doppelbesteuerung**

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Aus der Ukraine stammende Einkünfte sowie die dort gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen dort besteuert werden können, werden von der deutschen Steuer freigestellt, sofern nicht die Anrechnung nach Buchstabe b durchzuführen ist. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so freigestellten Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Für Dividenden gilt die Freistellung nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Ukraine ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Von Steuern vom Vermögen werden Beteiligungen freigestellt, wenn deren Dividenden, falls solche gezahlt werden oder gezahlt worden wären, nach dem vorhergehenden Satz freizustellen sind oder wären.

- b) Auf die von den nachstehenden aus der Ukraine stammenden Einkünften und den dort gelegenen Vermögenswerten zu erhebende deutsche Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Vermögensteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die ukrainische Steuer angerechnet, die nach ukrainischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für
  - aa) Einkünfte aus Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
  - bb) Zinsen;
  - cc) Lizenzgebühren;
  - dd) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
  - ee) Einkünfte der Künstler und Sportler.
- c) Buchstabe a ist nicht anzuwenden auf die Gewinne einer Betriebsstätte, auf das bewegliche und unbewegliche Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, und auf die Gewinne aus der Veräußerung dieses Vermögens, auf die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden und auf die Beteiligung an einer Gesellschaft, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, daß die Bruttoeinkünfte der Betriebsstätte oder der Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich aus Tätigkeiten im Sinne des § 8 Abs. 1 Nummern 1 bis 6 oder aus Beteiligungen im Sinne des § 8 Abs. 2 des deutschen Außensteuergesetzes stammen.

In diesem Fall ist die Steuer, die nach dem Recht der Ukraine und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für die vorstehend genannten Einkünfte und Vermögenswerte gezahlt worden ist, unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die deutsche Einkommen- oder Körperschaftsteuer, die von diesen Einkünften erhoben wird, oder auf die deutsche Vermögensteuer, die von diesen Vermögenswerten erhoben wird, anzurechnen.

(2) Bei einer in der Ukraine ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Unter Beachtung der ukrainischen Rechtsvorschriften über die Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkünften aus Quellen außerhalb der Ukraine (wodurch der hier niedergelegte allgemeine Grundsatz nicht berührt wird) wird die deutsche Steuer, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen entweder unmittelbar oder im Abzugsweg auf Gewinne, Einkünfte oder steuerpflichtiges Vermögen aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu zahlen ist, auf alle ukrainischen Steuern angerechnet, die unter Zugrundelegung derselben Gewinne oder Einkünfte, aufgrund deren die ukrainische Steuer berechnet wird, ermittelt werden.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch keinesfalls den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Einkommensteuer oder Vermögensteuer übersteigen, der auf die in der Bundesrepublik Deutschland besteuerten Einkünfte oder Vermögenswerte entfällt.

#### Artikel 24

##### Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen

werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtungen unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 7 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

#### Artikel 25

##### Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem

Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Erfolgt die Besteuerung des Einkommens in einem Vertragsstaat im Abzugswege und ist die Besteuerung durch die Bestimmungen dieses Abkommens begrenzt, erfolgt die Steuerermäßigung oder -befreiung in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht dieses Staates und den von den zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten zu diesem Zweck vereinbarten Verfahren.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels unmittelbar miteinander verkehren.

#### **Artikel 26**

##### **Informationsaustausch**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Eitelung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

#### **Artikel 27**

##### **Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen**

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 wird eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung ist, die ein Vertragsstaat in dem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat hat, für Zwecke des Abkommens als eine im Entsendestaat ansässige Person angesehen, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates nicht steuerpflichtig ist und
- b) im Entsendestaat mit ihrem Welteinkommen denselben steuerlichen Verpflichtungen unterliegt wie eine dort ansässige Person.



**Artikel 28**

**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Kiew ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung vom Einkommen und Vermögen, das am 24. November 1981 in Bonn unterzeichnet wurde, tritt hinsichtlich der Steuern, die gemäß Absatz 2 unter dieses Abkommen fallen, außer Kraft.

**Artikel 29**

**Kündigung**

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen in beiden Vertragsstaaten nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Geschehen zu Bonn am 3. Juli 1995, in zwei Urschriften, jede in deutscher, ukrainischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland

von Ploetz  
Dr. Theo Waigel

Für die Ukraine

Ossyka

## Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Ukraine

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 3. Juli 1995 in Bonn die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

### (1) Zu Artikel 7

- a) Verkauft ein Unternehmen eines Vertragsstaats durch eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat Güter oder Waren oder übt es dort eine geschäftliche Tätigkeit aus, so werden die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des vom Unternehmen hierfür erzielten Gesamtbetrags, sondern nur auf der Grundlage der Vergütung ermittelt, die der tatsächlichen Verkaufs- oder Geschäftstätigkeit der Betriebsstätte zuzurechnen ist;
- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises, sondern nur auf der Grundlage des Teils des Vertrages ermittelt, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz der Geschäftsleitung des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 oder Artikel 14 des Abkommens anzuwenden ist.

### (2) Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet dieser Artikel können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland beruhen und
- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

### (3) Zu Artikel 23

- a) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Ukraine zur Ausschüttung, so schließt Artikel 23 Absatz 1 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.
- b) Die Bundesrepublik Deutschland vermeidet die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Artikel 23 Absatz 1

**Buchstabe b. und nicht durch Steuerbefreiung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a,**

- aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9 [Verbundene Unternehmen]) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 regeln läßt und
- (i) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte doppelt besteuert würden oder
  - (ii) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte in der Ukraine unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden und in der Bundesrepublik Deutschland (ohne die Anwendung dieses Absatzes) von der Steuer befreit blieben, oder
- bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen ihres innerstaatlichen Rechts der Ukraine auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert hat, auf die sie diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt, um die steuerliche Freistellung von Einkünften in beiden Vertragsstaaten oder sonstige Gestaltungen zum Mißbrauch des Abkommens zu verhindern.

Im Fall einer Notifikation nach Doppelbuchstabe bb kann die Ukraine vorbehaltlich einer Notifikation auf diplomatischem Weg diese Einkünfte aufgrund des Abkommens entsprechend der Qualifikation der Einkünfte durch die Bundesrepublik Deutschland qualifizieren. Eine Notifikation nach diesem Absatz wird erst ab dem ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

#### **(4) Zu Artikel 26**

Werden aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt, so gilt als vereinbart, daß ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen anzuwenden sind:

- a) Die Verwendung der Daten durch den empfangenden Vertragsstaat ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch den übermittelnden Vertragsstaat vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Der empfangende Vertragsstaat unterrichtet den übermittelnden Vertragsstaat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung des übermittelnden Vertragsstaats erfolgen.
- d) Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck sicherzustellen. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem empfangenden Vertragsstaat unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt.

lung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person übermittelten Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür der empfangende Vertragsstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Der empfangende Vertragsstaat kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch den übermittelnden Vertragsstaat verursacht worden ist.
- g) Wenn das Innerstaatliche Recht des übermittelnden Vertragsstaats Fristen für die Löschung von Daten vorsieht, weist der übermittelnde Vertragsstaat bei der Übermittlung der Daten auf diese Fristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Der übermittelnde und der empfangende Vertragsstaat sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Der übermittelnde und der empfangende Vertragsstaat sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

[ ENGLISH TEXT — TEXTE ANGLAIS ]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND  
UKRAINE FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH  
RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL

The Federal Republic of Germany

and

Ukraine,

Desiring to promote their mutual economic relations by removing fiscal obstacles,

Have agreed as follows:

*Article 1. Personal Scope*

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

*Article 2. Taxes Covered*

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State, of a Land -- in the case of the Federal Republic of Germany -- or of its political subdivision or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property and taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises.

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are in particular:

a) In the Federal Republic of Germany:

- The income tax,
- The corporation tax,
- The capital tax, and
- The trade tax,

hereinafter referred to as "German tax";

b) In Ukraine:

- The tax on profit of enterprises,
- The income tax on citizens,
- The tax on property of enterprises, and
- The tax on immovable property of citizens,

hereinafter referred to as "Ukrainian tax".

(4) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed by either Contracting State after the date of signature of this Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall -- if necessary -- notify each other of any substantial changes which have been made in their respective taxation laws.

*Article 3. General Definitions*

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

a) The terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean the Federal Republic of Germany or Ukraine, as the context requires, and the area in which the tax law of the Contracting State concerned is in force, as well as the continental shelf and its exclusive maritime economic zone, insofar as the State concerned exercises there in conformity with international law sovereign rights to explore the continental shelf and exploit its natural resources;

b) The term "person" means an individual and a company;

c) The term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;

d) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property;

e) The terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

f) The term "national" means:

aa) In respect of the Federal Republic of Germany, any German within the meaning of Article 116, paragraph (1), of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in the Federal Republic of Germany;

bb) In respect of Ukraine:

i) Physical persons possessing the citizenship of Ukraine;

ii) All legal persons, partnerships and associations deriving their status as such from the laws in force in Ukraine;

g) The term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;

h) The term "competent authority" means in the case of the Federal Republic of Germany the Federal Ministry of Finance, and in the case of Ukraine the Ministry of Finance of Ukraine or its authorised representative.

(2) As regards the application of the Agreement by a Contracting State any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which the Agreement applies.

#### *Article 4. Resident*

(1) For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature. But this term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph (1) an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

a) He shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both Contracting States, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

b) If the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident of the State in which he has an habitual abode;

c) If he has an habitual abode in both Contracting States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State of which he is a national;

d) If he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph (1) a company is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

#### *Article 5. Permanent Establishment*

(1) For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially

- a) A place of management;
- b) A branch;
- c) An office;
- d) A factory;
- e) A workshop;

f) A mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of exploration or extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include

a) The use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

b) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;

c) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

d) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;

e) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;

f) The maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs (1) and (2), where a person other than an agent of an independent status to whom paragraph (6) applies is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts on behalf of the enterprise, or maintains a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise, from which regular delivery of such goods and merchandise is carried on in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph (4) which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

#### *Article 6. Income from Immovable Property*

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.



(2) The provisions of paragraph (1) shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(3) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

#### *Article 7. Business Profits*

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph (3), where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine, according to its laws, the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph (2) of this Article shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

#### *Article 8. Shipping and Air Transport*

(1) Profits of an enterprise from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) For the purposes of this Article, profits from the operation of ships or aircraft in international traffic include:

- a) Income from the rental on a bareboat basis of ships or aircraft; and
- b) Profits from the use, maintenance or rental of containers (including trailers and related equipment for the transport of containers) used for the transport of goods or merchandise;

where such rental or such use, maintenance or rental, as the case may be, is incidental to the operation of ships or aircraft in international traffic.

(3) If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

(4) The provisions of paragraph (1) shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

#### *Article 9. Associated Enterprises*

Where

a) An enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

b) The same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

#### *Article 10. Dividends*

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends the tax so charged shall not exceed:

a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 20 per cent of the capital of the company paying the dividends;

b) 10 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means

a) Dividends on shares including income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, and

b) Other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident, and for the purpose of taxation in the Federal Republic of Germany, income derived by a sleeping partner ("stiller Gesellschafter") from his participation as such and distributions on certificates of an investment fund or investment trust.

(4) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

#### *Article 11. Interest*

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest the tax so charged shall not exceed:

a) 2 per cent of the gross amount of the interest paid

aa) In connection with the sale on credit of any industrial, commercial or scientific equipment,

bb) In connection with the sale or rendering on credit of any merchandise or service by one enterprise to another enterprise, or

cc) On any loan of whatever kind granted by a bank or any other financial institution;

b) 5 per cent of the gross amount of interest in all other cases.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph (2)

a) Interest arising in Ukraine and paid in consideration of a loan guaranteed by Hermes-Deckung or paid to the Government of the Federal Republic of Germany, the Deutsche

Bundesbank, the Kreditanstalt für Wiederaufbau or the Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft shall be exempt from Ukrainian tax;

b) Interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Government or to the Central Bank of Ukraine shall be exempt from German tax.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs (1) to (3) shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land -- in the case of the Federal Republic of Germany --, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

#### *Article 12. Royalties*

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State if such resident is the beneficial owner of the royalties.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and in accordance with the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties within the meaning of paragraph (4) subparagraph a) of this Article.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph (2) of this Article, royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxed only

in the other Contracting State if such resident is the beneficial owner of the royalties and if the royalties are payments within the meaning of paragraph (4) subparagraph b) of this Article.

(4) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration

a) For the use of, or the right to use, any copyright of literary or artistic work including cinematographic films and films or tapes for radio or television broadcasting; and

b) For the use of, or the right to use, any copyright of scientific work, patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(5) The provisions of paragraphs (1) to (3) shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land -- in the case of the Federal Republic of Germany --, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has a permanent establishment or fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds, for whatever reason, the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

### *Article 13. Capital Gains*

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of:

a) Shares deriving their value or the greater part of their value directly or indirectly from immovable property situated in the other Contracting State, or

b) A contribution in a partnership the assets of which consist principally of immovable property situated in the other Contracting State, or of shares referred to in subparagraph a) above may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(4) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(5) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs (1) to (4) shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

#### *Article 14. Independent Personal Services*

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable in the other Contracting State only if he has a fixed base available to him there for the purpose of performing his activities. In such case only the income may be taxed which is attributable to that fixed base.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

#### *Article 15. Dependent Personal Services*

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18, 19 and 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable in the other Contracting State only if the employment is exercised there.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph (1), remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

a) The recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned, and

b) The remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and

c) The remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated by an enterprise in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of that enterprise is situated.

*Article 16. Directors' Fees*

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

*Article 17. Artistes and Sportsmen*

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) However, such income shall not be taxed in the State mentioned in paragraph (1) if the underlying activities are exercised during a visit to that State by a resident of the other Contracting State and where such visit is financed directly or indirectly by that other State, a Land -- in the case of the Federal Republic of Germany --, a political subdivision or a local authority thereof or by an organisation which in that other State is recognised as a charitable organisation.

*Article 18. Pensions*

(1) Pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment and any annuity paid to such resident shall be taxable in the State from which these payments are made.

(2) The term "annuity" means a stated sum payable to an individual periodically at stated times during his life or during a specified or ascertainable period of time under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money's worth.

(3) Pensions and other recurrent or non-recurrent payments made by one of the Contracting State or a political subdivision of that State as a restitution for damage sustained as a result of war or political persecution or of military or civil service shall be taxable only in that State.

*Article 19. Government Service*

(1) Remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State, a Land -- in the case of the Federal Republic of Germany --, a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State, Land, subdivision or authority shall be taxable only in that State. However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:

- a) Is a national of that State; or
- b) Did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2) The provisions of Articles 15, 16, 17 and 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a Land -- in the case of the Federal Republic of Germany --, a political subdivision or a local authority thereof.

(3) Paragraph (1) shall also be applicable to payments made by or on behalf of the Goethe-Institut of the Federal Republic of Germany. If these payments are not taxed in the Federal Republic of Germany, Article 15 shall be applicable.

*Article 20. Teachers, Students and Trainees*

(1) An individual who visits a Contracting State at the invitation of that State or of a university, college, school, museum or other cultural institution of that State or under an official programme of cultural exchange for a period not exceeding two years solely for the purpose of teaching, giving lectures or carrying out research at such institution and who is, or was immediately before that visit, a resident of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State on his remuneration for such activity, provided that such remuneration is derived by him from outside that State.

- (2) An individual who is present in a Contracting State solely
- a) As a student at a university, college or school in that Contracting State,
  - b) As a business apprentice (including in the case of the Federal Republic of Germany a "Volontär" or a "Praktikant"),
  - c) As the recipient of a grant, allowance or award for the primary purpose of study or research from a religious, charitable, scientific or educational organisation, or,
  - d) As a member of a technical cooperation programme entered into by the Government of that Contracting State,

and who is, or was immediately before visiting that State, a resident of the other Contracting State, shall be exempt from tax in the first-mentioned Contracting State in respect of remittances from abroad for the purposes of his maintenance, education or training.



*Article 21. Other Income*

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph (1) shall not apply to income, other than income from immovable property, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

*Article 22. Capital*

(1) Capital represented by immovable property, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated by an enterprise in international traffic, and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

*Article 23. Elimination of Double Taxation*

(1) Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

a) Unless foreign tax credit is to be allowed under subparagraph b), there shall be exempted from German tax any item of income arising in Ukraine and any item of capital situated within Ukraine which, according to this Agreement, may be taxed in Ukraine. The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital so exempted.

In the case of dividends exemption shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of Ukraine at least 10 per cent of the capital of which is owned directly by the German company.

There shall be exempted from taxes on capital any shareholding the dividends of which are exempted or, if paid, would be exempted, according to the immediately foregoing sentence.

b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German income, corporation and capital tax payable in respect of the following items of income arising in Ukraine and the items of capital situated there the Ukrainian tax paid under the laws of Ukraine and in accordance with this Agreement on:

- aa) Income in the form of dividends not dealt with in subparagraph a);
- bb) Interest;
- cc) Royalties;
- dd) Directors' fees;
- ee) Income of artistes and sportsmen;

c) The provisions of subparagraph a) shall not apply to the profits of, and to the capital represented by movable and immovable property forming part of the business property of a permanent establishment and to the gains from the alienation of such property; to dividends paid by, and to the shareholding in, a company; provided that the resident of the Federal Republic of Germany concerned does not prove that the gross receipts of the permanent establishment or company are derived exclusively or almost exclusively from activities within the meaning of section 8, paragraph (1), subparagraphs 1) to 6) or from participations in the meaning of section 8 paragraph (2) of the German Law on External Tax Relations (Außensteuergesetz).

In such case the tax paid under the laws of Ukraine and in accordance with this Agreement on the above-mentioned items of income and capital shall, subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, be allowed as a credit against German income or corporation tax payable on such items of income or against German capital tax payable on such items of capital.

(2) Tax shall be determined in the case of a resident of Ukraine as follows:

Subject to the provisions of the law of Ukraine regarding the elimination of double taxation of income arising in a territory outside Ukraine (which shall not affect the general principle hereof), the German tax payable under the laws of the Federal Republic of Germany and in accordance with this Agreement, whether directly or by deduction, on profits, in come or chargeable property from sources within the Federal Republic of Germany shall be allowed as a credit against any Ukrainian tax computed by reference to the same profits, income or property by reference to which the Ukrainian tax is computed.

Such deductions in either case shall not exceed that part of income tax or property tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the property which may be taxed in the Federal Republic of Germany.

#### *Article 24. Non-discrimination*

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected. This provision shall, notwith-

standing the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes which it grants only to its own residents.

(4) Except where the provisions of Article 9, paragraph (7) of Article 11, or paragraph (7) of Article 12 apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

#### *Article 25. Mutual Agreement Procedure*

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph (1) of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement

reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement,

(4) If the taxation of income in a Contracting State is effected by the way of withholding tax at source, and if this taxation is limited by the provisions of this Agreement, the application of this tax reduction or exemption shall be governed by the national law of that State in conjunction with the procedures agreed upon for this purpose between the competent authorities of the two Contracting States.

(5) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs of this Article.

#### *Article 26. Exchange of Information*

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Agreement. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph (1) be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

a) To carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;

b) To supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

c) To supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to "ordre public".

#### *Article 27. Diplomatic and Consular Privileges*

(1) Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of a diplomatic mission, a consular post or an international organisation under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

(2) Notwithstanding the provisions of Article 4, an individual who is a member of a diplomatic mission or a consular post of a Contracting State which is situated in the other

Contracting State or in a third State shall be deemed for the purposes of the Agreement to be a resident of the sending State if:

a) In accordance with international law he is not liable to tax in the receiving State in respect of income from sources outside that State, and

b) He is liable in the sending State to the same obligations in relation to tax on his world income as are residents of that State.

*Article 28. Entry Into Force*

(1) This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Kiev as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force one month from the date of the exchange of the instruments of ratification and shall have effect in both Contracting States:

a) In the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement enters into force;

b) In the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement enters into force.

(3) The Agreement between the Federal Republic of Germany and the Union of Soviet Socialist Republics for the Avoidance of Double Taxation of Income and Property signed at Bonn on 24th November 1981 shall cease to have effect as regards the taxes to which this Agreement applies in accordance with the provisions of paragraph (2).

*Article 29. Termination*

This Agreement shall continue in effect indefinitely but either of the Contracting States may, on or before the thirtieth day of June in any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force, give the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination and, in such event, this Agreement shall cease to have effect in both Contracting States:

a) In the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given;

b) In the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given.

Done at Bonn this 3rd day of July 1995 in two originals, each in the German, Ukrainian and English languages, all the texts being authentic.

In the case of divergent interpretation the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

VON PLOETZ

DR. THEO WAIGEL

For Ukraine:

OSSYKA

PROTOCOL

The Federal Republic of Germany

and

Ukraine

Have agreed at the signing at Bonn on July 3rd, 1995, of the Agreement between the two States for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital upon the following provisions which shall form an integral part of the said Agreement.

**1. With reference to Article 7**

a) Where an enterprise of a Contracting State sells goods or merchandise or carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, the profits of that permanent establishment shall not be determined on the basis of the total amount received therefore by the enterprise but only on the basis of the remuneration which is attributable to the actual activity of the permanent establishment for such sales or business.

b) In the case of contracts, in particular for the survey, supply, installation or construction of industrial, commercial or scientific equipment or premises, or of public works, where the enterprise has a permanent establishment in the other Contracting State, the profits of such permanent establishment shall not be determined on the basis of the total amount of the contract, but only on the basis of that part of the contract which is effectively carried out by the permanent establishment in the Contracting State in which it is situated. Profits derived from the supply of goods to that permanent establishment or profits related to the part of the contract which is carried out in the Contracting State in which the head office of the enterprise is situated shall be taxable only in that State.

c) Payments received as a consideration for technical services, including studies or surveys of a scientific, geological or technical nature, or for engineering contracts including blue prints related thereto, or for consultancy or supervisory services shall be deemed to be payments to which the provisions of Article 7 or Article 14 of the Agreement apply.

**2. With reference to Articles 10 and 11**

Notwithstanding the provisions of these Articles, dividends and interest may be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the law of that State,

a) If they are derived from rights or debt claims carrying a right to participate in profits (including income derived by a sleeping partner from his participation as such, from a "partiarisches Darlehen" and from "Gewinnobligationen" within the meaning of the tax law of the Federal Republic of Germany) and

b) Under the condition that they are deductible in the determination of profits of the debtor of such income.

### **3. With reference to Article 23**

a) Where a company being a resident of the Federal Republic of Germany distributes income derived from sources within Ukraine paragraph (1) of Article 23 shall not preclude the compensatory imposition of corporation tax on such distributions in accordance with the provisions of German tax law.

b) The Federal Republic of Germany shall avoid double taxation by a tax credit as provided for in paragraph (1) b) of Article 23, and not by a tax exemption under paragraph (1) a) of Article 23,

aa) If in the Contracting States income is placed under differing provisions of the Agreement or attributed to different persons [other than under Article 9 (Associated Enterprises)] and this conflict cannot be settled by procedure pursuant to Article 25 and

i) If as a result of such placement or attribution the relevant income would be subject to double taxation; or

ii) If as a result of such placement or attribution the relevant income would remain untaxed or be subject only to inappropriately reduced taxation in Ukraine and would (but for the application of this paragraph) remain exempt from tax in the Federal Republic of Germany; or

bb) If the Federal Republic of Germany has, after due consultation and subject to the limitations of its internal law, notified Ukraine through diplomatic channels of other items of income to which it intends to apply this paragraph in order to prevent the exemption of income from taxation in both Contracting States or other arrangements for the improper use of the Agreement.

In the case of a notification under subparagraph bb) Ukraine may, subject to notification through diplomatic channels, characterise such income under the Agreement consistently with the characterisation of that income by the Federal Republic of Germany. A notification made under this paragraph shall have effect only from the first day of the calendar year following the year in which it was transmitted and any legal prerequisites under the domestic law of the notifying State for giving it effect have been fulfilled.

### **4. With reference to Article 26**

It is understood that, if in accordance with domestic law personal data are exchanged under this Agreement, the following additional provisions shall apply:

a) The data-receiving Contracting State may use such data only for the stated purpose and shall be subject to the conditions prescribed by the data-supplying Contracting State.

b) The data-receiving Contracting State shall on request inform the data-supplying Contracting State about the use of the supplied data and the results achieved.

c) Personal data may be supplied only to the responsible agencies. Any subsequent supply to other agencies may be effected only with the prior approval of the data-supplying Contracting State.

d) The data-supplying Contracting State shall be obliged to ensure that the data to be supplied are accurate and that they are necessary for and commensurate with the purpose for which they are supplied. Any bans on data supply prescribed under applicable domestic



law shall be observed. If it emerges that inaccurate data or data which should not have been supplied have been supplied, the data-receiving Contracting State shall be informed of this without delay. That State shall be obliged to correct or delete such data.

e) Upon application the person concerned shall be informed of the supplied data relating to him and of the use to which such data are to be put. There shall be no obligation to furnish this information if on balance it appears that the public interest in withholding it outweighs the interest of the person concerned in receiving it. In all other respects, the right of the person concerned to be informed of the supplied data relating to him shall be governed by the domestic law of the Contracting State in whose sovereign territory the application for information is made.

f) The data-receiving Contracting State shall bear liability in accordance with its domestic laws in relation to any person suffering unlawful damage as a result of supply under the exchange of data pursuant to this Agreement. In relation to the damaged person, the data-receiving Contracting State may not plead to its discharge that the damage had been caused by the data-supplying Contracting State.

g) If deadlines for the deletion of data are prescribed by the domestic law of the data-supplying Contracting State, that State shall indicate such deadlines on supplying the data. Irrespective of such deadlines, supplied personal data shall be deleted as soon as they are no longer required for the purpose for which they were supplied.

h) The data-supplying and receiving Contracting States shall be obliged to keep official records of the supply and receipt of personal data.

i) The data-supplying and receiving Contracting States shall be obliged to take effective measures to protect the personal data supplied against unauthorised access, unauthorised alteration and unauthorised disclosure.

[ UKRAINIAN TEXT — TEXTE UKRAINIEN ]

**УГОДА**  
**між**  
**Федеративною Республікою Німеччина**  
**і**  
**Україною**

про уникнення подвійного оподаткування  
стосовно податків на доход і майно

Федеративна Республіка Німеччина  
і  
Україна,

Бажаючи активізувати свої взаємні економічні стосунки  
шляхом скасування податкових перешкод,

домовились про таке:

**СТАТТЯ 1**

**Особи, до яких застосовується Угода**

Ця Угода застосовується до осіб, які є резидентами однієї або обох  
Договірних Держав.

**СТАТТЯ 2**

**Податки, на які поширюється Угода**

1. Ця Угода застосовується до податків на доход і на майно, що  
стягуються від імені Договірної Держави, Землі - у випадку Федеративної  
Республіки Німеччина - або її політико-адміністративного підрозділу, або  
місцевих органів влади, незалежно від способу їх стягнення.

2. Податками на доход і на майно вважаються всі податки, що справляються від загальної суми доходу та сукупного майна або з елементів доходу або майна, включаючи податки на доходи від відчужування рухомого або нерухомого майна і податки на загальну суму заробітної плати і платні, сплачуваних підприємством.

3. Існуючими податками, на які поширюється ця Угода, зокрема, є:

а) у Федеративній Республіці Німеччина:

прибутковий податок,  
корпоративний податок,  
податок на майно і  
промисловий податок

(надалі „Німецький податок“);

б) в Україні:

податок на прибуток підприємств,  
прибутковий податок з громадян,  
податок на майно підприємств і  
податок на нерухоме майно громадян

(надалі „Український податок“).

4. Угода застосовується також до всіх ідентичних або подібних по суті податків, які будуть стягуватися однією з Договірних Держав після дати підписання цієї Угоди, в доповнення до або замість існуючих податків. Компетентні органи Договірних Держав будуть у разі необхідності повідомляти один одного про будь-які істотні зміни, що відбудуться в їх законодавствах щодо оподаткування.

## СТАТТЯ 3

### Загальні визначення

1. У розумінні цієї Угоди, якщо із контексту не випливає інше:

а) терміни „Договірна Держава“ і „друга Договірна Держава“ означають залежно від контексту Федеративну Республіку Німеччина або Україну і територію, на якій діє податкове законодавство даної Договірної Держави, а також континентальний шельф і її виключну морську економічну зону доти, до поки дана Держава здійснює там у відповідності до міжнародного права свої суверенні права та владні повноваження на розвідку континентального шельфу і розробку його природних ресурсів;

б) термін „особа“ означає будь-яку фізичну особу і компанію;

в) термін „компанія“ означає будь-яке корпоративне об'єднання або будь-яку іншу організацію, що розглядається з метою оподаткування як корпоративне об'єднання;

г) термін „нерухоме майно“ повинен мати значення, яке він має у законодавстві Договірної Держави, в якій міститься це майно. Цей термін повинен у будь-якому випадку включати майно, допоміжне щодо нерухомого майна, худобу і обладнання, використовувани в сільському та лісовому господарстві, права, до яких застосовуються положення загального права щодо земельної власності, узуфрукт нерухомого майна і права на перемінні або фіксовані платежі як компенсації за розробку або право на розробку мінеральних ресурсів, джерел та інших природних копалин; морські та повітряні судна не розглядаються як нерухоме майно;

д) терміни „підприємство однієї Договірної Держави“ та „підприємство другої Договірної Держави“ означають відповідно підприємство, що керується резидентом однієї Договірної Держави, та підприємство, що керується резидентом другої Договірної Держави;

е) термін „національна особа“ означає :

(аа) стосовно Федеративної Республіки Німеччина будь-якого німця в межах значення статті 116 пункт 1 Основного Закону Федеративної Республіки Німеччина і будь-яку юридичну особу, товариство і асоціацію, що одержали свій статус як такий за чинним законодавством Федеративної Республіки Німеччина;

(бб) стосовно України:

(i) фізичні особи, які мають громадянство України;

(ii) усі юридичні особи, товариства і асоціації, що одержують свій статус як такий за чинним законодавством України;

g) термін „міжнародне перевезення” означає будь-яке перевезення морським або повітряним судном, що експлуатується підприємством, фактичний керівний орган якого розташований в одній Договірній Державі, крім випадків, коли морське або повітряне судно експлуатується виключно між пунктами в другій Договірній Державі;

h) термін „компетентний орган” означає стосовно Федеративної Республіки Німеччина - Федеральне Міністерство Фінансів, а стосовно України - Міністерство фінансів України або його повноважного представника.

2. При застосуванні цієї Угоди Договірною Державою будь-який термін, не визначений в Угоді, буде мати те значення, яке надається йому законодавством цієї Держави щодо податків, на які поширюється Угода, якщо з контексту не впливає інше.

## СТАТТЯ 4

### Резиденція

1. При застосуванні цієї Угоди термін "резидент однієї Договірної Держави" означає будь-яку особу, яка за законодавством цієї Держави підлягає оподаткуванню в ній на підставі місця проживання, постійного місця перебування, місцезнаходження керівного органу або іншого аналогічного критерію. Цей термін разом з тим не включає будь-яку особу, яка підлягає оподаткуванню в цій Державі, тільки якщо ця особа одержує доходи з джерел у цій Державі або стосовно майна, що в ній знаходиться.

2. У випадку, коли відповідно до положень пункту 1 фізична особа є резидентом обох Договірних Держав, її становище визначається відповідно до таких правил:

a) вона вважається резидентом тієї Держави, де вона має

постійне житло; якщо вона має постійне житло в обох Державах, вона вважається резидентом тієї Держави, де вона має більш тісні особисті й економічні зв'язки (центр життєвих інтересів);

b) якщо Держава, в якій вона має центр життєвих інтересів, не може бути визначена або коли вона не має постійного житла в жодній з Держав, вона вважається резидентом тієї Держави, де вона звичайно проживає;

c) якщо вона звичайно проживає в обох Державах або коли вона звичайно не проживає в жодній з них, вона вважається резидентом тієї Держави, національною особою якої вона є;

d) якщо вона є національною особою обох Держав або коли вона не є громадянином жодної з них, компетентні органи Договірних Держав вирішують це питання за взаємною згодою.

3. У випадку, коли відповідно до положень пункту 1 компанія є резидентом обох Договірних Держав, тоді вона вважається резидентом тієї Держави, де розміщений її фактичний керівний орган.

## СТАТТЯ 5

### Постійне представництво

1. Для цілей цієї Угоди термін „постійне представництво“ означає постійне місце діяльності, через яке повністю або частково здійснюється комерційна діяльність підприємства.

2. Термін „постійне представництво“, зокрема, включає :

- a) місце управління;
- b) філіал;
- c) офіс;
- d) фабрику;
- e) майстерню;
- f) шахту, нафтову або газову свердловину, кар'єр або будь-яке інше місце розвідки або видобутку природних копалин.

3. Будівельний майданчик або монтажний чи складальний об'єкт є

постійними представництвами лише в тому разі, якщо вони існують більше дванадцяти місяців.

4. Незважаючи на попередні положення цієї статті, термін „постійне представництво“ не включає :

a) використання споруд виключно з метою зберігання, показу або поставки товарів чи виробів, що належать підприємству;

b) утримання запасів товарів чи виробів, що належать підприємству, виключно з метою зберігання, показу або поставки;

c) утримання запасів товарів чи виробів, що належать підприємству, виключно з метою переробки іншим підприємством;

d) утримання постійного місця діяльності виключно з метою закупівлі товарів чи виробів або для збирання інформації для підприємства;

e) утримання постійного місця діяльності виключно з метою здійснення для підприємства будь-якої іншої діяльності, яка має підготовчий або дономіжний характер;

f) утримання постійного місця діяльності виключно для здійснення будь-якої комбінації видів діяльності, перелічених у підпунктах від a) до e), за умови, що сукупна діяльність постійного місця діяльності, яка виникає внаслідок такої комбінації, має підготовчий або допоміжний характер.

5. Якщо, крім агента з незалежним статусом, про якого йдеться в 6-му пункті, інша особа, незалежно від положень пунктів 1 і 2, діє від імені підприємства і має, і звичайно використовує в Договірній Державі повноваження укладати контракти від імені підприємства, або утримує запаси товарів та виробів, що належать підприємству, з яких здійснюється регулярна поставка цих товарів і виробів від імені підприємства, то це підприємство розглядається як таке, що має постійне представництво в цій Державі щодо будь-якої діяльності, яку ця особа здійснює для підприємства, за винятком, якщо діяльність цієї особи обмежується тією, що зазначена в пункті 4, яка, якщо і здійснюється через постійне місце діяльності, не робить з цього постійного місця діяльності постійного представництва відповідно до положень цього пункту.

6. Підприємство не розглядається як таке, що має постійне представництво в Договірній Державі, лише якщо воно здійснює комерційну діяльність у цій Державі через брокера, комісіонера чи будь-

якого іншого агента з незалежним статусом за умови, що ці особи діють у межах своєї звичайної комерційної діяльності.

7. Той факт, що компанія, яка є резидентом Договірної Держави, контролює чи контролюється компанією, що є резидентом другої Договірної Держави або яка здійснює комерційну діяльність у цій другій Державі (або через постійне представництво або будь-яким іншим чином), сам по собі не перетворює одну з цих компаній у постійне представництво другої компанії.

## СТАТТЯ 6

### Доходи від нерухомого майна

1. Доходи, що одержуються резидентом Договірної Держави від нерухомого майна (включаючи доход від сільського або лісового господарства), яке міститься в другій Договірній Державі, можуть оподатковуватись у цій другій Державі.

2. Положення пункту 1 застосовуються до доходів, одержуваних від прямого використання, здавання в оренду або використання в будь-якій іншій формі нерухомого майна.

3. Положення пунктів 1 і 2 застосовуються також до доходів від нерухомого майна підприємства і до доходів від нерухомого майна, використовуваного для здійснення незалежних особистих послуг.

## СТАТТЯ 7

### Прибуток від комерційної діяльності

1. Прибуток підприємства Договірної Держави оподатковується тільки у цій Державі, якщо тільки це підприємство не здійснює комерційної діяльності у другій Договірній Державі через розташоване в ній постійне представництво. Якщо підприємство здійснює комерційну діяльність, як вказано вище, прибуток підприємства може оподатковуватися в другій Державі, але тільки у тій частині, що відноситься до цього постійного представництва.



2. З урахуванням положень пункту 3, якщо підприємство Договірної Держави здійснює комерційну діяльність у другій Договірній Державі через розташоване там постійне представництво, то в кожній Договірній Державі до такого постійного представництва відноситься прибуток, який воно могло б одержати, якби було окремим та самостійним підприємством, зайнятим такою ж або аналогічною діяльністю в таких же або аналогічних умовах і діяло цілком незалежно від підприємства, постійним представництвом якого воно є.

3. У визначенні прибутку постійного представництва допускається віднімання витрат, понесених для цілей такого постійного представництва, включаючи управлінські та загальноадміністративні витрати, незалежно від того, понесені ці витрати в Державі, де розташоване постійне представництво, чи в будь-якому іншому місці.

4. В міру того, як визначення в Договірній Державі відповідно до її законодавства прибутку, що стосується постійного представництва, на базі пропорційного розподілу загальної суми прибутку підприємства його різними підрозділами, є звичайною практикою, ніщо в пункті 2 цієї статті не перешкоджає цій Договірній Державі визначати оподатковуваний прибуток шляхом такого розподілу, як це диктується практикою; обраний спосіб розподілу, однак, повинен бути таким, що його результати будуть відповідати принципам, які містяться в цій статті.

5. Ніякий прибуток не відноситься до постійного представництва на основі простої закупки постійним представництвом товарів або виробів для підприємства.

6. Для цілей попередніх пунктів прибуток, що відноситься до постійного представництва, визначається щорічно одним і тим же методом, якщо тільки немає достатньої і вагомої причини для зміни.

7. Якщо прибуток включає види доходів, які розглядаються окремо в інших статтях цієї Угоди, положення цих статей не будуть зачіпатися положеннями цієї статті.

## СТАТТЯ 8

### Морський та повітряний транспорт

1. Прибутки підприємства під експлуатації морських або повітряних суден у міжнародних перевезеннях оподатковуються лише в тій

Договірній Державі, де розміщений фактичний керівний орган підприємства.

2. Для цілей цієї статті прибутки від експлуатації морських або повітряних суден у міжнародних перевезеннях включають:

а) дохід від здавання в оренду порожніх морських або повітряних суден;

і

б) прибутки від використання, утримання або здавання в оренду контейнерів (включаючи трейлери і супутнє устаткування для транспортування контейнерів), використовуваних для транспортування товарів чи виробів;

якщо таке здавання в оренду або використання, утримання або оренда є побічними стосовно експлуатації морських або повітряних суден у міжнародних перевезеннях.

3. Якщо фактичний керівний орган морської судноплавної компанії розміщений на борту морського судна, тоді вважається, що він розміщений у тій Договірній Державі, де міститься порт приписки морського судна, а при відсутності такого порту - в тій Договірній Державі, резидентом якої є власник морського судна.

4. Положення пункту 1 застосовуються також до прибутків від участі у пулі, спільному підприємстві чи міжнародному транспортному агентстві.

## СТАТТЯ 9

### Асоційовані підприємства

У випадку, коли:

а) підприємство Договірної Держави прямо або посередньо бере участь у керівництві, контролі або капіталі підприємства другої Договірної Держави, або

б) одні й ті ж особи прямо або посередньо беруть участь у керівництві, контролі або капіталі підприємства однієї

Договірної Держави і підприємства другої Договірної Держави,

і в кожному випадку між двома підприємствами в їх комерційних та фінансових взаємовідносинах створюються або встановлюються умови, відмінні від тих, які мали б місце між двома незалежними підприємствами, тоді будь-який прибуток, який міг би бути нарахований одному з них, але з причин наявності цих умов не був йому нарахований, може бути включений до прибутку цього підприємства і відповідно оподаткований.

## СТАТТЯ 10

### Дивіденди

1. Дивіденди, що сплачуються компанією, яка є резидентом однієї Договірної Держави, резиденту другої Договірної Держави, можуть оподатковуватись у цій другій Державі.

2. Однак такі дивіденди можуть також оподатковуватись у Договірній Державі, резидентом якої є компанія, що сплачує дивіденди, відповідно до законодавства цієї Держави, але якщо одержувач фактично має право на дивіденди, податок, що стягується таким чином, не повинен перевищувати:

а) 5 процентів валової суми дивідендів, якщо право на дивіденди фактично має компанія (на відміну від товариства) і ця компанія є власником принаймні 20 процентів капіталу компанії, яка сплачує дивіденди;

б) 10 процентів валової суми дивідендів в усіх інших випадках.

Цей пункт не торкається оподаткування компанії щодо прибутку, з якого виплачуються дивіденди.

3. Термін „дивіденди“ при використанні в цій статті означає:

а) дивіденди від акцій, включаючи доход від акцій, від користування акціями або користування правами, акцій гірничодобувної промисловості, акцій засновників чи інших прав, які не є борговими зобов'язаннями, що дають право на участь у прибутку, і

б) інший дохід, який підлягає такому ж податковому регулюванню, як дохід від акцій відповідно до законодавства Держави, резидентом якої є компанія, що розподіляє прибуток, і, для цілей оподаткування в Федеративній Республіці Німеччина, дохід, одержуваний негласним компаньйоном від такої участі і розподілу по сертифікатах інвестиційного фонду або інвестиційного трасту.

4. Положення пунктів 1 і 2 не застосовуються, якщо особа, що фактично має право на дивіденди, яка є резидентом Договірної Держави, здійснює комерційну діяльність у другій Договірній Державі, резидентом якої є компанія, що сплачує дивіденди, через розташоване в ній постійне представництво, або надає в цій другій Державі незалежні особисті послуги з розташованою в ній постійною базою, і холдінг, стосовно якого сплачуються дивіденди, дійсно відноситься до таких постійного представництва або постійної бази. В такому випадку, залежно від обставин, застосовуються положення статті 7 або статті 14.

5. У випадку, коли компанія, яка є резидентом однієї Договірної Держави, одержує прибуток або доходи з другої Договірної Держави, ця друга Держава не може стягувати будь-яких податків на дивіденди, що сплачуються компанією, за винятком, коли ці дивіденди сплачуються резиденту цієї другої Держави, або якщо холдінг, стосовно якого сплачуються дивіденди, дійсно відноситься до постійного представництва або постійної бази, розташованих у цій другій Державі, і не може оподатковувати нерозподілений прибуток компанії податком на нерозподілений прибуток, навіть якщо сплачені дивіденди або нерозподілений прибуток складається повністю або частково з прибутку або доходу, що утворюються в цій другій Державі.

## СТАТТЯ 11

### Проценти

1. Проценти, що виникають в одній Договірній Державі і сплачуються резиденту другої Договірної Держави, можуть оподатковуватись тільки у цій другій Державі.

2. Однак такі проценти можуть також оподатковуватись у Договірній Державі, в якій вони виникають, і відповідно до законодавства цієї Держави, але якщо одержувач фактично має право на проценти.

податок, що стягується таким чином, не повинен перевищувати:

а) 2 проценти від валової суми процентів, що сплачуються

аа) у зв'язку з продажем у кредит будь-якого промислового, комерційного або наукового обладнання,

аб) у зв'язку з продажем або наданням у кредит будь-яких виробів чи послуг одним підприємством другому підприємству, або

ас) за позиками будь-якого виду, що надаються банком або другою фінансовою установою;

б) 5 процентів від валової суми процентів в усіх інших випадках.

3. Незважаючи на положення пункту 2,

а) проценти, що виникають в Україні і сплачуються як відшкодування за позиками, що гарантовані Hermes-Deckung або сплачуються Урядом Федеративної Республіки Німеччина, Deutsche Bundesbank, Kreditanstalt für Wiederaufbau або Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, підлягають звільненню від українського податку;

б) проценти, що виникають у Федеративній Республіці Німеччина і сплачуються Урядом або Центральному банку України, підлягають звільненню від німецького податку.

4. Термін „проценти“ при використанні в цій статті означає дохід від боргових вимог будь-якого виду, незалежно від іпотечного забезпечення і незалежно від володіння правом на участь у прибутках боржника, і, зокрема, дохід від урядових цінних паперів і дохід від облігацій чи боргових зобов'язань, включаючи премії та винагороди, що сплачуються стосовно таких цінних паперів, облігацій та боргових зобов'язань. Штрафи за прострочені платежі не розглядаються як проценти для цілей цієї статті.

5. Положення пунктів з 1 по 3 не застосовуються, якщо особа, що фактично має право на проценти, яка є резидентом однієї Договірної Держави, здійснює комерційну діяльність у другій Договірній Державі, в якій виникають проценти, через розташоване там постійне представництво або надає в цій другій Державі незалежні особисті послуги з розташованою там постійної бази, і боргова вимога, на підставі

якої сплачуються проценти, дійсно відноситься до такого постійного представництва або постійної бази. У такому випадку, залежно від обставин, застосовуються положення статті 7 або статті 14.

6. Вважається, що проценти виникають у Договірній Державі, якщо платником є сама Держава, Земля - у випадку Федеративної Республіки Німеччина, її політико-адміністративний підрозділ, місцевий орган влади або резидент цієї Держави. Якщо, проте, особа, що сплачує проценти, незалежно від того, є вона резидентом Договірної Держави чи ні, має в Договірній Державі постійне представництво або постійну базу, у зв'язку з якими виникла заборгованість, по якій сплачуються проценти, і витрати по сплаті цих процентів несе постійне представництво або постійна база, то вважається, що такі проценти виникають у Державі, в якій розташоване постійне представництво або постійна база.

7. Якщо з причин особливих відносин між платником і особою, яка фактично має право на проценти, або між ними обома і будь-якою третьою особою, сума процентів, що стосується боргової вимоги, на підставі якої вона сплачується, перевищує суму, яка була б погоджена між платником і особою, яка фактично має право на одержання процентів, при відсутності таких відносин, положення цієї статті застосовуються тільки до останньої згаданої суми. У такому випадку надмірна частина платежу підлягає оподаткуванню відповідно до законодавства кожної Договірної Держави з належним урахуванням інших положень цієї Угоди.

## СТАТТЯ 12

### Роялті

1. Роялті, які виникають у Договірній Державі і сплачуються резиденту другої Договірної Держави, підлягають оподаткуванню тільки у цій другій Державі, якщо цей резидент є фактичним власником роялті.

2. Однак такі роялті можуть також оподатковуватись у тій Договірній Державі, в якій вони виникають, і відповідно до законодавства цієї Держави, але якщо одержувач є фактичним власником роялті, то податок, що стягується таким чином, не повинен перевищувати 5 процентів валової суми роялті у межах значення пункту 4 підпункту а) цієї статті.

3. Незважаючи на положення пункту 2 цієї статті, роялті, що виникають у Договірній Державі і сплачуються резиденту другої

Договірної Держави, підлягають оподаткуванню тільки в другій Договірній Державі, якщо цей резидент є фактичним власником роялті, та якщо роялті є виплатами в межах значення пункту 4 підпункту b) цієї статті.

4. Термін „роялті“ при використанні в цій статті означає платежі будь-якого виду, що одержуються як відшкодування

a) за користування або за надання права користування будь-яким авторським правом на літературні твори або твори мистецтва, включаючи кінематографічні фільми і фільми або плівки для радіомовлення чи телебачення; і

b) за користування або за надання права користування будь-яким авторським правом на наукову працю, патент, торгову марку, дизайн або модель, план, таємну формулу або процес, або за інформацію, що стосується промислового, комерційного або наукового досвіду.

5. Положення пунктів з 1 по 3 не застосовуються, якщо фактичний власник роялті, який є резидентом однієї Договірної Держави, проводить комерційну діяльність у другій Договірній Державі, в якій виникають роялті, через розташоване там постійне представництво, або надає в цій другій Державі незалежні особисті послуги з розташованої там постійної бази, і право або майно, стосовно яких сплачуються роялті, дійсно пов'язані з цим постійним представництвом чи постійною базою. У такому випадку застосовуються положення статті 7 або 14, залежно від обставин.

6. Вважається, що роялті виникають у Договірній Державі, якщо платником є сама Держава, Земля - у випадку Федеративної Республіки Німеччина, її політико-адміністративний підрозділ, місцевий орган влади або резидент цієї Держави. Якщо, проте, особа, що сплачує роялті, незалежно від того, є вона резидентом Договірної Держави чи ні, має у Договірній Державі постійне представництво або постійну базу, у зв'язку з якими виникло зобов'язання сплатити роялті, і витрати по сплаті цих роялті несе таке постійне представництво або постійна база, то вважається, що такі роялті виникають у Договірній Державі, в якій розташоване постійне представництво або постійна база.

7. Якщо з причин особливих відносин між платником і фактичним власником, або між ними обома і будь-якою третьою особою, сума роялті, яка відноситься до використання, права або інформації, на підставі яких вони сплачуються, перевищує, з будь-яких причин, суму, яка була б узгоджена між платником і фактичним власником за відсутністю таких

відпосин, положення цієї статті будуть застосовуватись тільки до останньої згаданої суми. У цьому випадку надмірна частина платежу підлягає оподаткуванню відповідно до законодавства кожної Договірної Держави. з належним урахуванням інших положень цієї Угоди.

## СТАТТЯ 13

### Доходи від відчужування майна

1. Доходи, що одержуються резидентом Договірної Держави від відчужування нерухомого майна, яке міститься у другій Договірній Державі, можуть оподатковуватись у цій другій Державі.

2. Доходи, одержувані резидентом Договірної Держави від відчужування:

а) акцій, які одержують їх вартість або більшу частину вартості прямо або посередньо від нерухомого майна, розташованого в другій Договірній Державі, або

б) паїв у товаристві, активи якого складаються переважно з нерухомого майна, розташованого в другій Договірній Державі, або з акцій, як вони визначені в підпункті а) вище,

можуть оподатковуватись у цій другій Державі.

3. Доходи від відчужування рухомого майна, що формує частину комерційного майна постійного представництва, яке підприємство однієї Договірної Держави має в другій Договірній Державі, або рухомого майна, яке відноситься до постійної бази, доступної резиденту однієї Договірної Держави в другій Договірній Державі для цілей надання незалежних особистих послуг, які включають такі доходи від відчужування такого постійного представництва (окремо чи в сукупності з цілим підприємством) або такої постійної бази, можуть оподатковуватись у цій другій Державі.

4. Доходи від відчужування морських або повітряних суден, що експлуатуються в міжнародних перевезеннях, або рухомого майна, що відноситься до експлуатації таких морських або повітряних суден, оподатковуються тільки в тій Договірній Державі, де розташований фактичний керівний орган підприємства.



5. Доходи від відчужування будь-якого майна, іншого ніж те, про яке йдеться у пунктах з 1 по 4, оподатковуються тільки в Договірній Державі, резидентом якої є особа, що відчужує майно.

## СТАТТЯ 14

### Незалежні особисті послуги

1. Доходи, що одержуються резидентом однієї Договірної Держави щодо професійних послуг чи іншої діяльності незалежного характеру, оподатковуються в другій Договірній Державі, тільки, якщо він володіє там доступною йому постійною базою з метою проведення цієї діяльності. У такому випадку доходи можуть оподатковуватись, але тільки стосовно доходів, що приписуються до цієї постійної бази.

2. Термін „професійні послуги“ включає, зокрема, незалежну наукову, літературну, артистичну, художню, освітню або викладацьку діяльність, так само, як і незалежну діяльність лікарів, адвокатів, інженерів, архітекторів, стоматологів і бухгалтерів.

## СТАТТЯ 15

### Залежні особисті послуги

1. З урахуванням положень статей 16, 18, 19 і 20 платня, заробітна плата та інші подібні винагороди, одержувані резидентом однієї Договірної Держави у зв'язку з роботою за наймом, оподатковуються в другій Договірній Державі, якщо тільки робота за наймом здійснюється там.

2. Незалежно від положень пункту 1, винагорода, що одержується резидентом однієї Договірної Держави у зв'язку з роботою за наймом, здійснюваною в другій Договірній Державі, оподатковується тільки в першій згаданій Державі, якщо:

а) одержувач перебуває в другій Державі протягом періоду або періодів, що не перевищують у сукупності 183 днів протягом відповідного календарного року, і

б) винагорода сплачується наймачем або від імені наймача, який не є резидентом другої Держави, і

с) витрати по сплаті винагород не несуть постійне представництво або постійна база, які наймач має в другій Державі.

3. Незалежно від попередніх положень цієї статті, винагорода, одержувана у зв'язку з роботою за наймом, що здійснюється на борту морського або повітряного судна, яке експлуатується підприємством в міжнародних перевезеннях, може оподатковуватись у Договірній Державі, де розташований фактичний керівний орган цього підприємства.

## СТАТТЯ 16

### Директорський гонорар

Директорські гонорари та інші аналогічні виплати, які одержуються резидентом однієї Договірної Держави як членом ради директорів компанії, яка є резидентом другої Договірної Держави, можуть оподатковуватись у цій другій Державі.

## СТАТТЯ 17

### Артисти і спортсмени

1. Незалежно від положень статей 7, 14 і 15, доход, що одержується резидентом однієї Договірної Держави як працівником мистецтва, таким як артист театру, кіно, радіо чи телебачення, або музикантом, або як спортсменом від його особистої діяльності, здійснюваної в другій Договірній Державі, може оподатковуватись у цій другій Державі.

2. Якщо доход від особистої діяльності, здійснюваної працівником мистецтва або спортсменом у цій своїй якості, нараховується не самому працівнику мистецтва чи спортсмену, а іншій особі, цей доход може, незалежно від положень статей 7, 14 і 15, оподатковуватись у Договірній Державі, в якій здійснюється діяльність працівника мистецтв чи спортсмена.

3. Однак такий доход не підлягає оподаткуванню в Державі, згаданій у пункті 1, якщо згадана діяльність здійснюється під час візиту в цю

Державу резидентом другої Договірної Держави, і якщо такий візит фінансується прямо або непрямо цією другою Державою, Землею - у випадку Федеративної Республіки Німеччина, її політико-адміністративним підрозділом або місцевим органом влади, або організацією, яка розглядається в цій другій Державі як благодійна.

## СТАТТЯ 18

### Пенсії

1. Пенсії та інші подібні винагороди, що сплачуються у зв'язку з минулою роботою за наймом резиденту Договірної Держави і аннуїтет, що сплачується такому резиденту, будуть оподатковуватись у тій Державі, з якої переводяться ці платежі.

2. Термін „аннуїтет“ означає встановлену суму, сплачувану фізичній особі періодично в установленний час під час її життя або під час визначеного або встановленого періоду часу за зобов'язаннями зробити зворотні платежі для адекватної або повної компенсації у грошах або партості грошей.

3. Пенсії та інші поточні або непоточні платежі, здійснювані однією з Договірних Держав або політико-адміністративним підрозділом цієї Держави як відшкодування за пошкодження, одержані внаслідок бойових дій або політичних переслідувань, або військової чи цивільної служби, підлягають оподаткуванню тільки в цій Державі.

## СТАТТЯ 19

### Державна служба

1. Винагорода інша, ніж пенсія, що сплачується Договірною Державою, Землею - у випадку Федеративної Республіки Німеччина, її політико-адміністративним підрозділом, або місцевими органами влади фізичній особі за службу, здійснювану для цієї Держави, Землі, політико-адміністративного підрозділу, або місцевого органу влади, оподатковується тільки в цій Державі. Однак така винагорода оподатковується тільки в другій Договірній Державі, якщо служба здійснюється в цій Державі, і фізична особа є резидентом цієї Держави, яка:

(а) є національною особою цієї Держави; або

(б) не стала резидентом цієї Держави тільки з метою здійснення служби.

2. Положення статей 15, 16, 17 і 18 будуть застосовуватися до винагород і пенсій стосовно служби, що здійснюється у зв'язку з проведенням комерційної діяльності Договірною Державою. Землею - у випадку Федеративної Республіки Німеччина, або її політико-адміністративним підрозділом, або місцевими органами влади.

3. Пункт 1 також застосовується до виплат, які проводяться інститутом Гьоте Федеративної Республіки Німеччина або від його імені. Якщо ці виплати не оподатковуються у Федеративній Республіці Німеччина, то застосовується стаття 15.

## СТАТТЯ 20

### Викладачі, студенти і стажувальники

1. Фізична особа, яка відвідує Договірну Державу на запрошення цієї Держави або університету, коледжу, школи, музею або іншої установи культури цієї Держави або в рамках офіційної програми культурного обміну протягом періоду, що не перевищує двох років, виключно з метою викладання, читання лекцій або проведення досліджень у такій установі, і яка є чи була безпосередньо перед цим відвідуванням резидентом другої Договірної Держави, звільняється в першій згаданій Державі від податку на її винагороду за таку діяльність за умови, що таку винагороду вона одержує із джерел, що знаходяться за межами цієї Держави.

2. Фізична особа, що перебуває в Договірній Державі виключно

а) як студент університету, коледжу або школи в цій Договірній Державі,

б) як стажувальник (включаючи у випадку Федеративної Республіки Німеччина „волонтера“ або „практиканта“),

в) як одержувач стипендії, допомоги або винагороди переважно

з метою навчання або дослідження від релігійної, благодійної, наукової чи освітньої організації, або

d) як член програми технічного співробітництва, в якій бере участь Уряд цієї Договірної Держави,

і яка є або була безпосередньо перед відвідуванням цієї Держави резидентом другої Договірної Держави, звільняється від оподаткування в першій згаданій Державі стосовно грошових переказів із-за кордону з метою її утримання, одержання освіти або стажування.

## СТАТТЯ 21

### Інші доходи

1. Види доходів резидента Договірної Держави, незалежно від джерела їх виникнення, про які не йдеться у попередніх статтях цієї Угоди, підлягають оподаткуванню тільки в цій Державі.

2. Положення пункту 1 не застосовуються до доходів інших, ніж доходи від нерухомого майна, якщо одержувач таких доходів є резидентом однієї Договірної Держави, здійснює комерційну діяльність у другій Договірній Державі через розташоване в ній постійне представництво або надає в цій другій Державі незалежні особисті послуги через розташовану там постійну базу, і право або майно, у зв'язку з яким одержано доход, дійсно пов'язані з таким постійним представництвом або постійною базою. В такому випадку застосовуються положення статті 7 або статті 14, залежно від обставин.

## СТАТТЯ 22

### Майно

1. Майно, представлене нерухомим майном, що є власністю резидента однієї Договірної Держави і міститься в другій Договірній Державі, може оподатковуватись у цій другій Державі.

2. Майно, представлене рухомим майном, що є частиною комерційного майна постійного представництва, яке підприємство однієї Договірної Держави має в другій Договірній Державі, або представлене

рухомим майном, пов'язаним з постійною базою, доступною резиденту однієї Договірної Держави в другій Договірній Державі з метою надання незалежних особистих послуг, може оподатковуватись у цій другій Державі.

3. Майно, представлене морськими та повітряними судами, що експлуатуються у міжнародних перевезеннях підприємством, а також рухомим майном, пов'язаним з експлуатацією цих морських та повітряних суден, оподатковується тільки в тій Договірній Державі, де розташований фактичний керівний орган підприємства.

4. Усі інші елементи майна резидента Договірної Держави оподатковуються тільки у цій Державі.

## СТАТТЯ 23

### Усунення подвійного оподаткування

1. Податок у випадку резидента Федеративної Республіки Німеччина визначається таким чином:

а) Доти, до поки буде робитись знижка у вигляді закордонного податкового кредиту згідно з підпунктом б), від німецького податку звільняється будь-який вид доходу, що виникає в Україні, і будь-який вид майна, розміщений в Україні, який, згідно з цією Угодою, може оподатковуватись в Україні. Федеративна Республіка Німеччина, однак, зберігає право брати до уваги визначення своєї ставки оподаткування видів доходу і майна, звільненого таким чином.

У випадку дивідендів застосовується звільнення тільки таких дивідендів, які виплачуються компанії (не включаючи товариства), яка є резидентом Федеративної Республіки Німеччина компанією, яка є резидентом України, принаймні 10 процентів капіталу якої прямо володіє німецька компанія.

Звільняється від податків на майно будь-яке тримання акцій, дивіденди від яких звільнені або, якщо виплачуються, були б звільнені, як згадано у попередньому реченні.

б) Згідно з положеннями німецького податкового законодавства, що стосуються кредиту на іноземний податок,

буде робитись знижка у вигляді кредиту проти німецького податку на доход, корпоративного податку і податку на майно, що сплачується стосовно таких видів доходу, які виникають в Україні, і видів майна, розміщеного тут, український податок, що сплачується згідно із законодавством України і згідно з цією Угодою на:

aa) доход у вигляді дивідендів, не пов'язані з підпунктом a);

bb) проценти;

cc) роялті;

dd) гонорари директорів;

ce) доход працівників мистецтва і спортсменів;

c) Положення підпункту a) не застосовуються до прибутку і до майна, яке представлено рухомим та нерухомим майном, що складає частину комерційного майна постійного представництва, і до доходів від відчужування такого майна; до дивідендів, що сплачуються компанією, і до тримання акцій в компанії; за умови, що даний резидент Федеративної Республіки Німеччина не наведе підтвердження того, що загальна сума надходжень постійного представництва або компанії одержана виключно або майже виключно від діяльності в рамках значення розділу 8, пункту 1, підпунктів 1 - 6 або від участі в рамках значення розділу 8, пункту 2 німецького законодавства про зовнішні податкові відносини (Aussensteuergesetz).

У такому випадку на податок, що сплачується в рамках законодавства України і згідно з цією Угодою на вищезгадані види доходу і майна, буде робитись знижка, з урахуванням положень німецького податкового законодавства, яке стосується кредиту на іноземний податок, у вигляді кредиту проти німецького прибуткового або корпоративного податку, що сплачується на такі види доходу або проти німецького податку на майно, що сплачується на такі види майна.

2. Податок у випадку резидента України визначається таким чином:

З урахуванням положень законодавства України, що стосується звільнення від подвійного оподаткування доходу, що виникає на території за межами України (які не будуть суперечити головним принципам цього

пункту), на німецький податок, сплачуваний за законодавством Федеративної Республіки Німеччина, та відповідно до цієї Угоди прямо або шляхом вирахування з прибутку, доходів або майна, що підлягає оподаткуванню, із джерел в Федеративній Республіці Німеччина, буде робитись знижка у вигляді кредиту проти будь-якого українського податку, обчислюваного стосовно того ж прибутку, доходу або майна, стосовно яких обчислюється український податок.

Ці вирахування в будь-якому випадку не повинні перевищувати тієї частини податку з доходу або майна, як було підраховано до надання вирахування, яка стосується доходу або майна, які можуть оподатковуватись у Федеративній Республіці Німеччина, залежно від обставин.

## СТАТТЯ 24

### Недискримінація

1. Національні особи однієї Договірної Держави не будуть підлягати у другій Договірній Державі будь-якому оподаткуванню або пов'язаному з ним зобов'язанню, яке є іншим або більш обтяжливим ніж оподаткування і пов'язане з ним зобов'язання, яким піддаються або можуть піддаватися національні особи цієї другої Держави за тих же обставин. Це положення також застосовується, незважаючи на положення статті 1, до осіб, які не є резидентами однієї або обох Договірних Держав.

2. Особи без громадянства, які є резидентами Договірної Держави, не будуть піддаватися в жодній з Договірних Держав будь-якому оподаткуванню або пов'язаному з ним зобов'язанню, іншому або більш обтяжливому, ніж оподаткування і пов'язані з ним зобов'язання, яким національні особи даної Держави піддаються або можуть піддаватися за тих же умов.

3. Оподаткування постійного представництва, яке підприємство однієї Договірної Держави має в другій Договірній Державі, не буде менш сприятливим у цій другій Державі, ніж оподаткування підприємств, які здійснюють подібну діяльність у цій другій Державі. Це положення не повинно мати тлумачення як зобов'язання однієї Договірної Держави надавати резидентам другої Договірної Держави будь-які персональні пільги, вирахування і знижки для податкових цілей, які вона надає своїм особистим резидентам.



4. За винятком випадків, коли застосовуються положення статті 9, пункту 7 статті 11 або пункту 7 статті 12, проценти, роялті та інші виплати, що сплачуються підприємством однієї Договірної Держави резиденту другої Договірної Держави, з метою визначення оподатковуваного прибутку такого підприємства будуть обчислюватись за таких же умов, за яких вони сплачувались резиденту першої згаданої Держави. Таким же чином будь-які борги підприємства однієї Договірної Держави резиденту другої Договірної Держави повинні, з метою визначення оподатковуваного майна цього підприємства, підлягати врахуванню за таких же умов, що й борги резидента першої згаданої Держави.

5. Підприємства однієї Договірної Держави, активи яких повністю або частково, прямо чи посередньо належать або контролюються одним або кількома резидентами другої Договірної Держави, не будуть піддаватися в першій згаданій Державі будь-якому оподаткуванню або пов'язаному з ним зобов'язанню, яке є іншим або більш обтяжливим ніж оподаткування і пов'язані з ним зобов'язання, яким піддаються або можуть піддаватися інші подібні підприємства першої згаданої Держави.

6. Незважаючи на положення статті 2, положення цієї статті застосовуються до податків будь-якого роду і виду.

## СТАТТЯ 25

### Процедура взаємного узгодження

1. Якщо особа вважає, що дії однієї або обох Договірних Держав призводять або призведуть до її оподаткування невідповідно до положень цієї Угоди, вона може, незалежно від засобів захисту, передбачених національними законодавствами цих Держав, подати свій випадок до компетентного органу Договірної Держави, резидентом якої вона є, або, якщо її випадок підпадає під дію пункту 1 статті 24, тієї Держави, національною особою якої вона є. Заяву необхідно подати протягом трьох років з моменту першого повідомлення про дії, що призводять до оподаткування невідповідно до положень цієї Угоди.

2. Якщо компетентний орган вважатиме заперечення обґрунтованими і якщо він сам не в змозі забезпечити задовільного рішення, то він намагатиметься вирішити випадок за взаємною згодою з компетентним органом другої Договірної Держави з метою уникнення

оподаткування, невідповідного Угоді. Будь-яка досягнута домовленість повинна виконуватись незалежно від будь-яких обмежень часу, передбачених внутрішнім законодавством Договірних Держав.

3. Компетентні органи Договірних Держав прагнутьимуть позбавитись за взаємною згодою будь-яких труднощів або сумнівів, що виникають при тлумаченні або застосуванні Угоди. Вони можуть також консультуватися один з одним з метою уникнення подвійного оподаткування у випадках, що не передбачені Угодою.

4. Якщо оподаткування доходу в Договірній Державі здійснюється через утримання податку у джерела, і якщо це оподаткування обмежено положеннями цієї Угоди, тоді застосування зниження цього податку або звільнення від нього повинно бути визначено внутрішнім законодавством цієї Держави згідно з процедурами, що передбачені для цього компетентними органами двох Договірних Держав.

5. Компетентні органи Договірних Держав можуть вступати в прямі контакти один з одним з метою досягнення згоди в розумінні попередніх пунктів цієї статті.

## СТАТТЯ 26

### Обмін інформацією

1. Компетентні органи Договірних Держав обмінюються інформацією, необхідною для виконання положень цієї Угоди. Будь-яка інформація, одержана Договірною Державою, буде розглядатися як конфіденційна таким же чином, як і інформація, одержана за національним законодавством цієї Держави, і буде розкрита тільки особам або органам (включаючи суди і адміністративні органи), зайнятим оцінкою або збором, примусовим стягненням або судовим переслідуванням, або вирішенням оскаржень і апеляцій стосовно податків, на які поширюється ця Угода. Такі особи або органи використовують цю інформацію тільки з цією метою. Вони можуть розкривати цю інформацію на публічних судових засіданнях або в судових рішеннях.

2. У жодному випадку положення пункту 1 не будуть тлумачитись як такі, що покладають на Договірні Держави зобов'язання:

а) здійснювати адміністративні заходи, такі, що відрізняються

від законодавства і адміністративної практики цієї або другої Договірної Держави;

b) надавати інформацію, яку неможливо одержати за законодавством або в ході звичайної адміністративної практики цієї або другої Договірної Держави;

c) надавати інформацію, яка буде розкривати будь-яку торговельну, підприємницьку, промислову, комерційну або професійну таємницю або торговельний процес, або інформацію, розкриття якої суперечило б громадському порядку.

## СТАТТЯ 27

### Дипломатичні та консульські привілеї

1. Ніщо в цій Угоді не зачіпає податкових привілеїв, наданих членам дипломатичних місій, консульських постів або міжнародних організацій за загальними нормами міжнародного права або на підставі положень спеціальних угод.

2. Незважаючи на положення статті 4, фізична особа, яка є членом дипломатичної місії або консульського поста Договірної Держави, що розташованій в другій Договірній Державі або в третій Державі, вважається для цілей цієї Угоди резидентом Держави, яка посилає, якщо:

a) згідно з міжнародним правом, вона не підлягає оподаткуванню в Державі, яка одержує, стосовно доходу із джерел за межами цієї Держави, і

b) вона відповідає в Державі, яка посилає, за ті ж самі зобов'язання стосовно податків на її сукупний дохід також, як і резиденти цієї Держави.

## СТАТТЯ 28

### Набуття чинності

1. Ця Угода буде ратифікована і обмін ратифікаційними грамотами

відбудеться в м. Києві у найкоротші терміни.

2. Ця Угода набуває чинності через один місяць з дня обміну ратифікаційними грамотами і буде мати дію в обох Договірних Державах:

а) у випадку податків, утриманих у джерела стосовно сум, що виплачені на або після першого січня календарного року, наступного за роком набуття Угодою чинності;

б) у випадку інших податків стосовно податків, що стягуються під час періодів, що починаються на або після першого січня календарного року, наступного за роком набуття Угодою чинності.

3. Угода між Федеративною Республікою Німеччина і Союзом Радянських Соціалістичних Республік про уникнення подвійного оподаткування доходів і майна, яку підписано в Бонні 24 листопада 1981р., припиняє чинність стосовно тих податків, до яких застосовується теперішня Угода згідно з положеннями пункту 2.

## СТАТТЯ 29

### Припинення чинності

Ця Угода залишається чинною невизначений час, але будь-яка із Договірних Держав може до або тридцятого червня будь-якого календарного року, що починається після закінчення п'яти років після дня набуття нею чинності, передати другій Договірній Державі по дипломатичних каналах письмове повідомлення про припинення чинності, і в такому разі чинність Угоди буде припинено в обох Договірних Державах:

а) у випадку податків, утриманих у джерела стосовно сум, що виплачені на або після першого січня календарного року, наступного за роком надання повідомлення про припинення чинності;

б) у випадку інших податків стосовно податків, що стягуються під час періодів, що починаються на або після першого січня календарного року, наступного за роком надання повідомлення про припинення чинності.

Вчинено в м.Бонні, 3 жовт. 1995р. в двох примірниках, кожний українською, німецькою та англійською мовами, всі тексти є однаково аутентичними. У випадку різного тлумачення перевагу має англійський текст.

За Федеративну Республіку  
Німеччина:

*Manfred*

*H. Peter*

За Україну:

*P. Ossipov*

**Протокол**  
**Федеративна Республіка Німеччина**  
**і**  
**Україна**

домовились при підписанні в м.Бонні 5 липня 1995 р.  
Угоди між двома Державами про уникнення подвійного оподаткування  
стосовно податків на доход і майно за такими положеннями, які є  
складовою частиною згаданої Угоди.

**1. До статті 7**

а) Якщо підприємство Договірної Держави продає товари чи вироби або здійснює комерційну діяльність у другій Договірній Державі через постійне представництво, що розташоване в ній, то прибуток цього постійного представництва не повинен визначатись на підставі загальної суми, одержаної підприємством, а тільки на підставі винагороди, яка відноситься до фактичної діяльності постійного представництва за такий продаж або комерційну діяльність.

б) У випадку контрактів, зокрема, по дослідженнях, поставці, установці або спорудженню промислового, комерційного або наукового обладнання або приміщень, або по громадській роботі, якщо підприємство має постійне представництво в другій Договірній Державі, то прибуток такого постійного представництва не повинен визначатись на підставі загальної суми контракту, а тільки на підставі тієї частини контракту, яка дійсно виконується постійним представництвом у тій Договірній Державі, де воно розташовано. Прибуток, що одержується від поставки товарів цьому постійному представництву, або прибуток, що відноситься до тієї частини контракту, яка виконується в Договірній Державі, де розташований головний офіс підприємства, підлягає оподаткуванню тільки в цій Державі.

в) Платежі, що одержуються як винагорода за технічні послуги, включаючи вивчення або дослідження наукового, геологічного або технічного характеру, або за проектні контракти, включаючи плани, що відносяться до них, або за консультативні послуги або послуги по керівництву, повинні розглядатися як платежі, до яких застосовуються положення статті 7 або статті 14 Угоди.

## **2. До статей 10 і 11**

Незважаючи на положення цих статей, дивіденди і проценти можуть оподатковуватись у Договірній Державі, в якій вони випливають і відповідно до законодавства цієї Держави.

а) якщо їх отримують за права або боргові зобов'язання, що дають право на участь у прибутку (включаючи доход, отримуваний негласним компаньйоном від такої його участі, від „partiarisches Darlehen“ і від „Gewinnobligationen“ у межах значення податкового законодавства Федеративної Республіки Німеччина) і

б) за умови, що вони віднімаються при визначенні прибутку боржника із такого доходу.

## **3. До статті 23**

а) Якщо компанія, що є резидентом Федеративної Республіки Німеччина, розподіляє доход, отримуваний із джерел в Україні, то пункт 1 статті 23 не забороняє компенсаюче обкладання корпоративним податком такого розподілу згідно з положеннями німецького податкового законодавства.

б) Федеративна Республіка Німеччина уникає подвійного оподаткування методом податкового кредиту, як це передбачено пунктом 1 б) статті 23, а не звільненням від оподаткування згідно з пунктом 1 а) статті 23.

(aa) Якщо у Договірній Державі доход підпадає під різні положення Угоди або стосується різних осіб, (інших ніж у статті 9 (Асоційовані підприємства)), і цей конфлікт не може бути вирішений процедурами, які встановлені статтею 25 і

(i) якщо результатом такого підпадання або відношення було б подвійне оподаткування відповідного доходу; або

(ii) якщо в результаті такого підпадання або відношення такий доход залишався б неоподаткованим або підлягав би тільки невідповідному заниженому оподаткуванню в Україні і залишався б (якщо б не застосування цього пункту) звільненням від оподаткування у Федеративній Республіці Німеччина; або

bb) якщо Федеративна Республіка Німеччина після належних консультацій і в зв'язку з обмеженнями II внутрішнього

законодавства повідомить Україну по дипломатичних каналах про інші види доходу, до яких вона збирається застосувати цей пункт в порядку попередження звільнення доходу від оподаткування в обох Договірних Державах або застосування інших заходів з неправильним застосуванням цієї Угоди.

У випадку повідомлення, відповідно до підпункту (bb), Україна може, згідно з повідомленням по дипломатичних каналах, охарактеризувати такий дохід, відповідно до Угоди разом з характеристикою цього доходу Федеративною Республікою Німеччина. Повідомлення, виконане згідно з цим пунктом, вступає у чинність тільки в перший день календарного року, наступного за роком його передачі, і якщо будь-які юридичні передумови в межах внутрішнього законодавства Держави, яка повідомляє, не вступили у чинність будуть виконані.

#### **4. До статті 26**

Зрозуміло, що якщо здійснюється обмін особистою інформацією в межах дії цієї Угоди, то застосовуються додаткові положення згідно з внутрішнім законодавством:

- a) Договірна Держава, яка отримала інформацію, може використати таку інформацію тільки для поставленої мети і повинна виконати умови, визначені Договірною Державою, яка надала інформацію.
- b) Договірна Держава, яка отримує інформацію, повинна, за вимогою, інформувати Договірну Державу, яка надає інформацію, про використання наданої інформації і досягнуті результати.
- c) Особиста інформація може бути надана тільки компетентним органам. Будь-яке подальше надання інформації іншим установам може бути здійснено тільки з попередньої згоди Договірної Держави, яка надає інформацію.
- d) Договірна Держава, яка надає інформацію, зобов'язана впевнитися у точності інформації, яка надається, і у тому, що вона необхідна і відповідає тій меті, для якої вона надається. Будь-яка заборона щодо надання інформації згідно з застосуванням внутрішнього законодавства повинна виконуватись. У разі надання неточної інформації або інформації, яка не повинна була надана, Договірна Держава, яка отримує інформацію, має бути повідомлена про це без



зволікань. Ця Держава повинна виправити або знищити згадану інформацію.

е) При запиті дана особа має бути повідомлена про інформацію, яка її стосується, і про використання в подальшому цієї інформації. Зобов'язання надавати цю інформацію не існують, якщо виявиться, що суспільні інтереси у ненаданні інформації перевищують інтереси цієї особи в її отриманні. У всіх інших випадках право даної особи бути інформованою стосовно інформації, яка її торкається, регулюється внутрішнім законодавством Договірної Держави, на суверенній території якої здійснюється запит інформації.

г) Договірна Держава, яка одержує інформацію, повинна нести відповідальність згідно із своїм внутрішнім законодавством стосовно будь-якої особи, яка незаконно постраждала в результаті надання в межах обміну інформації відповідно до цієї Угоди. Стосовно особи, яка постраждала, Договірна Держава, яка одержувала інформацію, не може висувати звинувачення з приводу того, що причина, з якої постраждала ця особа, була викликана Договірною Державою, що надавала інформацію.

г) Якщо крайні терміни для знищення інформації визначено чинним законодавством Договірної Держави, що надає інформацію, то ця Держава повинна встановити такі крайні терміни на надану інформацію. Незалежно від таких крайніх термінів особиста інформація, що надається, повинна бути знищена відразу, як тільки вона стає непотрібною для тієї цілі, для якої вона надавалась.

н) Договірні Держави, які надають і отримують інформацію, повинні вести офіційний запис про надання і отримання особистої інформації.

і) Договірні Держави, які надають і отримують інформацію, повинні здійснювати ефективні заходи щодо захисту особистої інформації від недозволеного доступу, недозволеної зміни і недозволеного її розкриття.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET  
L'UKRAINE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN  
MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE

La République fédérale d'Allemagne

et

l'Ukraine,

Désireuses de promouvoir leurs relations économiques mutuelles en supprimant les obstacles d'ordre fiscal,

Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier. Personnes visées*

Le présent Accord vise les personnes qui sont des résidents d'un État contractant ou des deux États contractants.

*Article 2. Impôts visés*

1. Le présent Accord s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte de chaque État contractant ou d'un Land -- dans le cas de la République fédérale d'Allemagne --, ou d'une de ses subdivisions politiques ou de ses collectivités locales, quel qu'en soit le mode de perception.

2. Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune tous impôts perçus sur le revenu global, sur la fortune totale ou sur les éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers, ainsi que des impôts sur le montant total des traitements et salaires versés par les entreprises.

3. Les impôts actuels auxquels s'applique le présent Accord sont notamment :

a) En République fédérale d'Allemagne :

-- L'impôt sur le revenu,

-- L'impôt sur les sociétés,

-- L'impôt sur la fortune, et

-- La patente,

ci-après dénommés "impôt allemand";

b) En Ukraine :

-- L'impôt sur les bénéfices des entreprises,

-- L'impôt sur le revenu des citoyens,

-- L'impôt sur les biens des entreprises, et

-- L'impôt sur les biens immobiliers des citoyens,  
ci-après dénommés "impôt ukrainien".

4. Le présent Accord s'applique également aux impôts identiques ou sensiblement analogues qui seraient établis par l'un ou l'autre des États contractants après la date de signature du présent Accord et qui s'ajouteraient aux impôts actuels ou qui les remplaceraient. Les autorités compétentes des États contractants se communiqueront, le cas échéant, les modifications importantes apportées à leurs législations fiscales respectives.

### *Article 3. Définitions générales*

1. Aux fins du présent Accord, à moins que le contexte n'appelle une interprétation différente :

a) Les expressions "un État contractant" et "l'autre État contractant" désignent la République fédérale d'Allemagne ou l'Ukraine, selon le cas, ainsi que la zone dans laquelle la législation fiscale de l'État contractant intéressé est en vigueur, ainsi que le plateau continental et sa zone économique maritime exclusive, dans la mesure où l'État intéressé y exerce, conformément au droit international, des droits souverains visant l'exploration du plateau continental et l'exploitation de ses ressources naturelles;

b) Le terme "personne" désigne une personne physique et une société;

c) Le terme "société" désigne toute personne morale ou toute entité qui est considérée comme une personne morale à des fins fiscales;

d) L'expression "biens immobiliers" a le sens que lui attribue la législation de l'État contractant dans lequel sont situés les biens considérés. Elle inclut, dans tous les cas, les accessoires, le cheptel et le matériel utilisé dans l'agriculture, la sylviculture, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des paiements variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux et autres ressources naturelles; les navires, bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers;

e) L'expression "entreprise d'un État contractant" ou "entreprise de l'autre État contractant" désignent respectivement une entreprise exploitée par un résident d'un État contractant ou une entreprise exploitée par un résident de l'autre État contractant;

f) Le terme "ressortissant" désigne :

aa) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tout Allemand au sens du paragraphe 1 de l'Article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que toute personne morale, société de personnes et association dont le statut est régi par la législation en vigueur de la République fédérale d'Allemagne;

bb) En ce qui concerne l'Ukraine :

i) Les personnes physiques possédant la citoyenneté ukrainienne;

ii) Toute personne morale, société de personnes ou association dont le statut est régi par la législation en vigueur de l'Ukraine;

g) L'expression "trafic international" désigne tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise dont le siège de direction effective est situé dans un

État contractant, sauf dans le cas où le navire ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre État contractant;

h) L'expression "autorité compétente" désigne, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral des finances et, dans le cas de l'Ukraine, le Ministère des finances de l'Ukraine ou son représentant autorisé.

2. Aux fins d'application du présent Accord par un État contractant, tout terme qui n'est pas défini dans ledit Accord a le sens que lui attribue la législation de cet État régissant les impôts auxquels l'Accord est applicable, à moins que le contexte n'appelle une interprétation différente.

#### *Article 4. Résident*

1. Aux fins du présent Accord, l'expression "résident d'un État contractant" désigne toute personne qui, en vertu de la législation de cet État, est assujettie à l'impôt de cet État en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère de même nature. Toutefois, cette expression ne comprend pas les personnes qui ne sont assujetties à l'impôt dans cet État que pour les revenus de sources situées dans cet État ou pour la fortune qui y est située. 2. Lorsque, en vertu des dispositions du paragraphe 1, une personne physique est un résident des deux États contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme un résident de l'État où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent. Si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux États, elle est considérée comme un résident de l'État avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'État où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des États, elle est considérée comme un résident de l'État où elle séjourne de façon habituelle;

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux États ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme un résident de l'État dont elle possède la nationalité;

d) Si cette personne possède la nationalité des deux États ou si elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des États contractants tranchent la question d'un commun accord.

3. Lorsque, en vertu des dispositions du paragraphe 1, une société est un résident des deux États contractants, elle est considérée comme un résident de l'État où son siège de direction effective est situé.

#### *Article 5. Établissement stable*

1. Aux fins du présent Accord, l'expression "établissement stable" désignent une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2. L'expression "établissement stable" inclut notamment

- a) Un siège de direction;
- b) Une succursale;
- c) Un bureau;
- d) Une usine;
- e) Un atelier;
- f) Une mine, un puits de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.

3. Un chantier de construction ou de montage ou un projet d'installations ne sont la marque d'un établissement stable que s'ils ont une durée supérieure à douze mois.

4. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, on considère qu'il n'y a pas "établissement stable" si

a) Les installations sont utilisées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de marchandises appartenant à l'entreprise;

b) Des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;

c) Des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de transformation par une autre entreprise;

d) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;

e) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'exercer, pour l'entreprise, toute autre activité de caractère préparatoire ou auxiliaire;

f) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins de l'exercice cumulé d'activités mentionnées aux alinéas a) à e), à condition que l'activité d'ensemble de l'installation fixe d'affaires résultant de ce cumul garde un caractère préparatoire ou auxiliaire.

5. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, lorsqu'une personne autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant auquel s'applique le paragraphe 6 agit dans un État contractant pour une entreprise d'un autre État contractant et dispose dans cet État du pouvoir de conclure des contrats au nom de l'entreprise ou maintient un inventaire de biens et marchandises appartenant à l'entreprise, et qu'elle utilise pour des livraisons régulières au nom de l'entreprise, ladite entreprise est considérée comme ayant un établissement stable dans cet État pour toutes activités que cette personne exerce pour elle, à moins que les activités de cette personne ne soient limitées à celles qui sont énumérées au paragraphe 4 et qui, exercées dans une installation fixe d'affaires, ne feraient pas de cette installation fixe d'affaires un établissement stable au sens audit paragraphe.

6. Une entreprise n'est pas considérée comme ayant un établissement stable dans un État contractant du simple fait qu'elle y exerce son activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre agent jouissant d'un statut indépendant, à condition que ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.

7. Le fait qu'une société, qui est un résident d'un État contractant, contrôle une société qui est un résident de l'autre État contractant ou qui y exerce son activité (que ce soit par

l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ou est contrôlée par ladite société ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement de l'autre.

*Article 6. Revenus immobiliers*

1. Les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus des exploitations agricoles ou sylvicoles) situés dans l'autre État contractant sont imposables dans l'autre État.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage ainsi que de toute forme d'exploitation de biens immobiliers.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

*Article 7. Bénéfices des entreprises*

1. Les bénéfices d'une entreprise de l'un des États contractants ne sont imposables que dans cet État, à moins que ladite entreprise n'exerce ses activités dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Dans ce dernier cas, lesdits bénéfices ne peuvent être imposés dans l'autre État que dans la mesure où ils sont imputables à l'établissement stable.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 du présent article, si une entreprise de l'un des États contractants exerce des activités dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, on impute à cet établissement, dans chaque État contractant, les bénéfices que ledit établissement aurait pu réaliser s'il avait eu le statut d'entreprise distincte et séparée exerçant des activités identiques ou analogues, dans des conditions elles-mêmes identiques ou analogues, et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3. Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses encourues aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi encourus, soit dans l'État où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

4. Si, dans un État contractant et dans des cas exceptionnels, la détermination des bénéfices imputables à un établissement stable, conformément au paragraphe 2 s'avère impossible ou soulève des difficultés considérables, aucune disposition du paragraphe 2 n'empêche cet État contractant de déterminer les bénéfices imputables à un établissement fixe sur la base de la répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes contenus dans le présent article.

5. Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable en raison du seul achat par ledit établissement stable de biens ou de marchandises pour l'entreprise.

6. Aux fins de l'application des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

7. Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles du présent Accord, les dispositions desdits articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

#### *Article 8. Transports maritimes et aériens*

1. Les bénéfices de l'exploitation en trafic international de navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'État contractant où le siège de direction effective est situé.

2. Aux fins du présent Article, les bénéfices découlant de l'exploitation de navires ou d'aéronefs pour le trafic international comprennent :

a) Les revenus découlant de la location de navires, bateaux et aéronefs coque nue; et

b) Les bénéfices provenant de l'utilisation, de l'entretien et de la location de conteneurs (y compris les remorques et le matériel connexe pour le transfert de conteneurs) utilisés pour le transport de biens ou de marchandises;

lorsque ladite location, ou lesdits utilisation, entretien et location, selon le cas, représentent un élément accessoire de l'exploitation desdits navires ou aéronefs pour le trafic international.

3. Si le siège de direction effective d'une entreprise de transport maritime est à bord du navire, il est considéré comme situé dans l'État contractant où se trouve le port d'attache de ce navire, ou à défaut de port d'attache, dans l'État contractant dont l'exploitant du navire est résident.

4. Les dispositions du paragraphe 1 du présent Article s'appliquent également aux bénéfices provenant de la participation à un pool, à une exploitation en commun ou à un organisme international d'exploitation.

#### *Article 9. Entreprises associées*

1. Quand :

a) Une entreprise de l'un des États contractants participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre État contractant, ou que

b) Les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'un des États contractants et d'une entreprise de l'autre État contractant,

et que, dès lors, les deux entreprises sont liées, dans leurs relations commerciales ou financières, par des conditions acceptées ou imposées qui diffèrent de celles dont seraient convenues des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, dans ces conditions, auraient été réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

*Article 10. Dividendes*

1. Les dividendes payés par une société qui est un résident d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant peuvent être imposés dans ce dernier.

2. Toutefois, ils peuvent également être imposables dans l'État contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident et selon la législation de cet État; mais l'impôt ainsi établi ne peut excéder :

a) 5 % du montant brut des dividendes si le bénéficiaire effectif est une société (autre qu'une société de personnes) qui détient directement au moins 20 % du capital de la société qui paie les dividendes;

b) Dans tous les autres cas, 10 % du montant brut des dividendes.

Les dispositions du présent paragraphe n'affectent pas l'imposition de la société au titre des bénéfices qui donnent lieu au paiement des dividendes.

3. Le terme "dividendes" employé dans le présent article désigne

a) Les dividendes provenant d'actions, actions ou bons de jouissance, parts de mines, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires à l'exception de créances;

b) Les autres revenus soumis au même régime fiscal que les revenus d'actions par la législation de l'État dont la société distributrice est un résident et aux fins d'imposition en République fédérale d'Allemagne les revenus perçus par un commanditaire ("stillter Gesellschafter") au titre de sa participation ès qualité et les rémunérations de porteurs de titres de fonds de placement ou de sociétés d'investissement.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans ces cas, les dispositions de l'Article 7 ou de l'Article 14, suivant le cas, sont applicables.

5. Lorsqu'une société, qui est un résident d'un État contractant, tire des bénéfices ou un revenu de l'autre État contractant, cet autre État ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf dans la mesure où ces dividendes sont payés à un résident de cet autre État ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situés dans cet autre État, ni prélever aucun impôt, au titre des bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent, en tout ou en partie, en bénéfices ou revenus provenant de cet autre État.

*Article 11. Intérêts*

1. Les intérêts provenant d'un État contractant et payés à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.



2. Toutefois, lesdits intérêts peuvent également être imposés dans l'État contractant d'où ils proviennent et conformément à la législation dudit État, mais si la personne qui reçoit les intérêts en est bénéficiaire effectif, l'impôt en question ne peut excéder :

a) 2 % du montant brut des intérêts versés

aa) En relation avec la vente à crédit de tout équipement industriel, commercial ou scientifique,

bb) En relation avec la vente ou la remise du crédit de toute marchandise ou de tout service par une entreprise à une autre entreprise, ou

cc) Sur tout prêt de quelque nature que ce soit octroyé par une banque de toute autre institution financière;

b) 5 % du montant brut des intérêts dans tous les autres cas.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2

a) Les intérêts accumulés en Ukraine et versés à propos d'un prêt garanti par Hermes-Deckung ou versés au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, à la Deutsche Bundesbank, à la Kreditanstalt für Wiederaufbau ou la Deutsche Investitions und Entwicklungsgesellschaft seront exonérés de l'impôt ukrainien.

b) Les intérêts accumulés en République fédérale d'Allemagne et versés au Gouvernement ou à la Banque centrale de l'Ukraine seront exonérés de l'impôt allemand.

4. Le terme "intérêts" employé dans le présent article désigne les revenus des créances de toute nature assorties ou non de garanties hypothécaires et assorties ou non d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur et notamment les revenus des fonds publics et des obligations d'emprunts, y compris les primes et lots attachés à ces titres. Les pénalités pour paiements tardifs ne sont pas considérées comme des intérêts au sens du présent Article.

5. Les dispositions des paragraphes 1 à 3 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les intérêts soit une activité industrielle et commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe en question. En pareil cas, les dispositions de l'Article 7 ou de l'Article 14, selon qu'il convient, sont applicables.

6. Les intérêts sont considérés comme provenant d'un État contractant lorsque le débiteur est cet État lui-même, un Land -- dans le cas de la République fédérale d'Allemagne --, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable, ou une base fixe, pour lesquels la dette donnant lieu au paiement des intérêts a été contractée et qui supportent la charge de ces intérêts, ceux-ci sont considérés comme provenant de l'État où l'établissement stable, ou la base fixe, est situé.

7. Lorsque, en raison de relations spéciales qui existent entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des intérêts, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient

convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent Article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque État contractant et compte dûment tenu des autres dispositions du présent Accord.

#### *Article 12. Redevances*

1. Les redevances provenant d'un État contractant et payées à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État si ce résident est le bénéficiaire effectif des redevances.

2. Toutefois, ces redevances peuvent être imposées dans l'État contractant d'où elles proviennent et conformément à la législation de cet État, mais si la personne qui les reçoit en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ne dépassera pas 5 % du montant brut des paiements mentionnés à l'alinéa a) du paragraphe 4 du présent Article.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2 du présent Article, les redevances provenant d'un État contractant et versées à un résident de l'autre État contractant ne sont imposables que dans l'autre État contractant si ce résident est le bénéficiaire effectif des redevances et si celles-ci sont des paiements au sens de l'alinéa b) du paragraphe 4 du présent Article.

4. Le terme "redevances" employé dans le présent Article désigne les rémunérations de toute nature payées pour :

a) L'usage ou la concession d'un droit d'auteur sur une oeuvre littéraire ou artistique, y compris les films cinématographiques ou les films ou bandes utilisées pour les émissions radiophoniques ou télévisées; et

b) L'usage ou la concession de l'usage de tout droit d'auteur sur des travaux scientifiques, brevets, marques de fabrique ou de commerce, dessins ou modèles, formules ou procédés secrets ou pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique.

5. Les dispositions des paragraphes 1 à 3 ne s'appliquent pas si le bénéficiaire effectif des redevances, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les redevances une activité commerciale ou industrielle par l'intermédiaire d'un établissement stable situé dans ledit État contractant ou accomplit dans ledit autre État des services personnels indépendants à partir d'une base fixe située dans ledit État, et lorsque le droit ou le bien générateur des redevances se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe en question. Dans ce cas, les dispositions de l'Article 7 ou de l'Article 14, selon qu'il convient, sont applicables.

6. Les redevances sont considérées comme provenant d'un État contractant lorsque le débiteur est cet État lui-même, un Land -- dans le cas de la République fédérale d'Allemagne --, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non un résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable, ou une base fixe, pour lesquels l'engagement donnant lieu aux redevances a été contracté et qui supportent la charge de ces redevances, celles-ci sont considérées comme provenant de l'État où l'établissement stable ou la base fixe sont situés.

7. Lorsque, en raison de relations spéciales qui existent entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des redevances, compte tenu de l'usage, droit ou renseignement pour lequel elles sont payées, excède pour n'importe quelle raison celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque État contractant et compte dûment tenu des autres dispositions du présent Accord.

#### *Article 13. Gains en capital*

1. Les gains qu'un résident d'un État contractant tire de l'aliénation de biens immobiliers situés dans l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Les gains qu'un résident d'un État contractant tire de l'aliénation :

a) De parts dont la valeur ou la majeure partie de la valeur provient directement ou indirectement de biens immobiliers situés dans l'autre État contractant, ou

b) D'une contribution à une société de personnes dont les actifs sont formés principalement de biens immobiliers situés dans l'autre État contractant ou de parts visées à l'alinéa a) ci-dessus sont imposables dans cet autre État.

3. Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant, ou de biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris de tels gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre État.

4. Les gains provenant de l'aliénation de navires ou aéronefs exploités en trafic international ou de biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires ou aéronefs, ne sont imposables que dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

5. Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux qui sont visés au paragraphe 1 à 4 ne sont imposables que dans l'État contractant dont le cédant est un résident.

#### *Article 14. Services de profession indépendante*

1. Les revenus qu'un résident d'un État contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités de caractère indépendant ne sont imposables que dans cet État, sauf s'il a une base fixe régulièrement disponible dans l'autre État contractant en vue d'y exercer ses activités. Dans ce cas, seul le revenu attribuable à cette base fixe est imposable.

2. L'expression "profession libérale" comprend notamment les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

*Article 15. Professions dépendantes*

1. Sous réserve des dispositions des articles 16, 18, 19 et 20, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables dans l'autre État contractant que si l'emploi y est exercé.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre État contractant ne sont imposables que dans le premier État si :

a) Le bénéficiaire séjourne dans l'autre État pendant une période ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours de l'année civile considérée; et

b) Les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre État; et

c) La charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre État.

3. Nonobstant les dispositions précédentes du présent Article, les rémunérations reçues au titre d'un emploi salarié à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international sont imposables dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

*Article 16. Tantièmes d'administrateur*

Les tantièmes, et autres rétributions similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration d'une société qui est un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

*Article 17. Artistes et sportifs*

1. Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de ses activités personnelles exercées dans l'autre État contractant en tant qu'artiste de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision, ou en tant que musicien et sportif sont imposables dans cet autre État contractant.

2. Lorsque les revenus d'activités qu'un artiste du spectacle ou un sportif exerce personnellement et en cette qualité sont attribués non pas à l'artiste ou au sportif lui-même mais à une autre personne, ces revenus sont imposables, nonobstant les dispositions des Articles 7, 14 et 15, dans l'État contractant où les activités de l'artiste ou du sportif sont exercées.

3. Toutefois, ces revenus ne seront pas imposés dans l'État mentionné au paragraphe 1, si les activités dont ils proviennent sont exercées au cours d'une visite dans cet État d'un résident de l'autre État contractant et si ladite visite est financée directement ou indirectement par cet autre État, un Land -- dans le cas de la République fédérale d'Allemagne --, une subdivision politique ou une collectivité locale, ou par une organisation reconnue comme oeuvre de bienfaisance dans cet autre État.

*Article 18. Pensions*

Les pensions et autres rémunérations similaires payées à un résident d'un État contractant au titre d'un emploi passé et toute rente payée à ce résident sont imposables dans l'État où les paiements sont reçus.

2. Le terme "rente" désigne une somme déterminée payable à une personne périodiquement à des dates déterminées la vie durant ou pendant une période spécifiée ou pouvant être établie en vertu d'une obligation d'effectuer des versements en contrepartie d'un capital suffisant intégralement versé en espèces ou en valeur appréciable en espèces.

3. Les pensions et autres paiements périodiques ou non effectuées par l'un des États contractants ou l'une de ses subdivisions politiques à titre de dommages résultant d'un conflit ou de persécution politique ou de service militaire civil ne sont imposables que dans ledit État.

*Article 19. Fonction publique*

1. Les rémunérations autres qu'une pension versée par un État contractant, un Land -- dans le cas de la République fédérale d'Allemagne --, une subdivision politique ou une collectivité locale à une personne au titre de services rendus à cet État, à ce Land, à cette subdivision ou à cette collectivité, ne sont imposables que dans ledit État. Toutefois, ces rémunérations ne sont imposables dans l'autre État contractant que si les services sont rendus dans cet État et si la personne physique est un résident de cet État qui :

- a) Est un ressortissant dudit État; ou
- b) Est devenu un résident dudit État aux seules fins d'accomplir lesdits services.

2. Les dispositions des Articles 15, 16, 17 et 18 s'appliquent aux rémunérations et pensions en ce qui concerne les services rendus dans le cadre d'une activité industrielle ou commerciale exercée par un État contractant, un Land dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, ou une de leur subdivision politique ou collectivité locale.

3. Le paragraphe 1 s'applique également aux paiements effectués par le Goethe-Institut de la République fédérale d'Allemagne ou en son nom. Dans le cas où lesdits paiements ne sont pas imposés en République fédérale d'Allemagne, l'Article 15 s'applique.

*Article 20. Enseignants, étudiants et stagiaires*

1. Une personne physique qui se rend dans un État contractant sur l'invitation de cet État ou d'une université, d'un collège universitaire, d'une école, d'un musée ou d'une autre institution culturelle de cet État ou au titre d'un programme officiel d'échanges culturels, pour une période de deux ans maximum, uniquement aux fins d'enseigner, de donner des conférences ou d'effectuer des recherches dans cette institution et qui est, ou était immédiatement avant cette visite, un résident de l'autre État contractant est exonérée d'impôts dans le premier État pour sa rémunération tirée de cette activité, sous réserve que cette rémunération provienne de sources extérieures à cet État.

2. Une personne physique qui se trouve dans un État contractant uniquement :

a) En tant qu'étudiant dans une université, un collège universitaire ou une école de cet État contractant;

b) En tant que stagiaire dans une entreprise industrielle ou commerciale (y compris, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, "Volontär" ou "Praktikant");

c) En tant que bénéficiaire d'une bourse, d'une subvention ou d'un prix d'une organisation confessionnelle, philanthropique, scientifique ou éducative, essentiellement dans le but d'étudier ou d'effectuer des recherches dans cet État;

d) Dans le cadre d'un programme de coopération technique auquel participe le Gouvernement de cet État contractant,

et qui est ou était, immédiatement avant de se rendre dans cet État, un résident de l'autre État contractant, est exonérée d'impôt dans le premier État contractant sur toutes les sommes qui lui sont envoyées de l'étranger pour son entretien, son instruction ou sa formation.

#### *Article 21. Autres revenus*

1. Les éléments du revenu d'un résident d'un État contractant, d'où qu'ils proviennent, qui ne sont pas traités dans les articles précédents du présent Accord ne sont imposables que dans cet État.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux revenus autres que les revenus provenant de biens immobiliers, lorsque le bénéficiaire de tels revenus, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des revenus s'attache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ces cas, les dispositions de l'Article 7 ou de l'Article 14, suivant le cas, sont applicables.

#### *Article 22. Fortune*

1. La fortune constituée par des biens immobiliers qui appartiennent à un résident d'un État contractant et qui sont situés dans l'autre État contractant, est imposable dans cet autre État.

2. La fortune constituée par des biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant, ou par des biens immobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, est imposable dans cet autre État.

3. La fortune constituée par des navires et des aéronefs exploités en trafic international ainsi que par des biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires ou aéronefs n'est imposable que dans l'État contractant où le siège de direction effective de l'entreprise est situé.

4. Tous les autres éléments de la fortune du résident d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État.

*Article 23. Élimination de la double imposition*

1. En ce qui concerne les résidents de la République d'Allemagne, l'impôt est calculé comme suit:

a) Sauf si la déduction de l'impôt étranger est admise en vertu de l'alinéa b), tout élément de revenu provenant de sources situées en Ukraine et tout élément de fortune situé en Ukraine qui, en vertu du présent Accord, est imposable en Ukraine sont exonérés de l'impôt allemand. La République fédérale d'Allemagne se réserve toutefois le droit de faire entrer les éléments de revenu et de fortune ainsi exonérés dans le calcul de son taux d'imposition.

Pour ce qui est des dividendes, l'exonération ne s'applique qu'aux dividendes versés à une société (mais non une association de personnes) résidente de la République fédérale d'Allemagne par une société résidente de l'Ukraine si 10 % au moins du capital de la société sont détenus directement par la société allemande.

Sont exonérés de l'impôt sur la fortune, les participations ouvrant droit à des dividendes qui sont exonérés de cet impôt, ou le seraient, s'ils étaient payés, en application des dispositions de la phrase précédente.

b) Sous réserve des dispositions de la législation fiscale allemande relatives à la réduction de l'impôt étranger, une déduction de l'impôt allemand sur le revenu, sur les sociétés et sur la fortune est admise pour l'impôt ukrainien perçu, en vertu de la législation de l'Ukraine et conformément au présent Accord, sur les éléments de revenu provenant de sources situées en Ukraine et les éléments de fortune qui y sont situés indiqués ci-après :

aa) Les dividendes qui ne sont pas visés à l'alinéa a);

bb) Les intérêts;

cc) Les redevances;

dd) Les tantièmes;

ee) Les revenus des artistes et des sportifs;

c) Les dispositions de l'alinéa a) ne s'appliquent pas aux bénéfices découlant de biens meubles et immeubles ainsi qu'à l'actif faisant partie des biens d'une entreprise qui est un établissement stable ni aux bénéfices provenant de l'aliénation desdits biens, ni aux dividendes versés par une entreprise et ses actionnaires, à moins que le résident de la République fédérale d'Allemagne intéressé ne fournisse la preuve que les bénéfices bruts de l'établissement stable ou de l'entreprise proviennent exclusivement ou presque d'activités répondant à la définition de la section 8, paragraphe 1, sous-paragraphes 1 à 6 ou de participations selon la définition donnée au paragraphe 2 de la section 8 de la Loi allemande sur les impôts extérieurs (Außensteuergesetz).

Dans ce cas, l'impôt versé dans le cadre de la législation ukrainienne et conformément au présent Accord sur les éléments susmentionnés du revenu et de la fortune constitue, sous réserve des dispositions de la Loi fiscale allemande concernant l'imputation d'un montant au titre de l'impôt étranger, une imputation au titre de l'impôt allemand sur le revenu des personnes ou de l'impôt allemand sur la fortune.

2. L'impôt sera déterminé dans le cas d'un résident de l'Ukraine comme suit :

Sous réserve des dispositions de la Loi ukrainienne concernant l'élimination de la double imposition des revenus provenant d'un territoire extérieur à l'Ukraine (sans en affecter le principe général), l'impôt allemand à verser en vertu de la législation de la République fédérale d'Allemagne et conformément au présent Accord, directement ou par déduction, sur les bénéficiaires, le revenu ou les biens imposables provenant de sources situées à l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne sera imputé au montant de tout impôt ukrainien calculé par référence à ces bénéficiaires, revenus ou biens servant de références au calcul de l'impôt ukrainien.

Lesdites déductions ne dépasseront pas dans l'un et l'autre cas la partie de l'impôt sur le revenu ou sur les biens, calculée avant la déduction, qui est imputable, selon le cas, aux revenus ou aux biens imposables en République fédérale d'Allemagne.

#### *Article 24. Non-discrimination*

1. Les ressortissants d'un État contractant ne sont pas soumis dans l'autre État contractant à des impôts ni à des obligations connexes autres ou plus lourdes que les impôts et obligations connexes auxquels sont ou pourraient être soumis les ressortissants de l'autre État contractant se trouvant dans la même situation. La présente disposition s'applique également, nonobstant les dispositions de l'Article premier, aux personnes qui n'ont pas la qualité de résident de l'un ou des deux États contractants.

2. Les apatrides qui ont la qualité de résident d'un État contractant ne sont soumis dans aucun État contractant à des impôts ni à des obligations connexes autres ou plus lourdes que ceux et celles auxquels sont ou pourraient être soumis les ressortissants de l'État contractant concerné se trouvant dans la même situation.

3. Un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant n'est pas imposé dans cet État d'une façon moins favorable que les entreprises de cet autre État exerçant la même activité. La présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant un État contractant à accorder à un résident de l'autre État contractant les déductions, abattements et réductions d'impôt de caractère individuel qu'il n'accorde qu'à ses propres résidents.

4. Sauf lorsque les dispositions de l'Article 9, du paragraphe 7 de l'Article 11 ou du paragraphe 7 de l'Article 12 sont applicables, les intérêts, redevances et autres sommes payés par une entreprise d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant sont déductibles, aux fins de la détermination des bénéficiaires imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés par un résident du premier État. De la même façon, toute dette d'une entreprise d'un État contractant envers un résident de l'autre État contractant est déductible, aux fins de la détermination de la fortune imposable de cette entreprise, dans les mêmes conditions que si elle avait été contractée envers un résident du premier État.

5. Les entreprises d'un État contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé, par un ou plusieurs résidents de l'autre État contractant, ne sont soumises dans le premier État à aucune imposition ou obligation y relative autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou peuvent être assujetties d'autres entreprises similaires du premier État.



6. Les dispositions du présent Article s'appliquent, nonobstant les dispositions de l'Article 2, aux impôts de toute nature et de toute dénomination.

#### *Article 25. Procédure amiable*

1. Lorsqu'une personne estime que les mesures prises par un État contractant ou par les deux entraîneront pour elle une imposition incompatible avec les dispositions du présent Accord, elle peut, indépendamment des recours prévus par le droit interne de ces États, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'État contractant dont elle est un résident ou, si son cas relève du paragraphe 1 de l'Article 24, à celle de l'État contractant dont elle est ressortissante. Le cas doit être soumis dans un délai de trois ans à compter de la première notification de la mesure qui entraîne une imposition non conforme aux dispositions de l'Accord.

2. L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'apporter une solution appropriée, de régler la question par voie d'entente avec l'autorité compétente de l'autre État contractant, en vue d'éviter toute imposition incompatible avec les dispositions de l'Accord. Tout accord réalisé est mis en oeuvre quels que soient les délais prévus par le droit interne des États contractants.

3. Les autorités compétentes des États contractants s'efforcent de résoudre d'un commun accord toute difficulté ou toute incertitude concernant l'interprétation ou l'application de l'Accord. Elles peuvent aussi se consulter pour éliminer la double imposition dans les cas qui ne sont pas prévus dans l'Accord.

4. Si les revenus dans un État contractant sont imposés par voie de retenue à la source et si ladite imposition est limitée par les dispositions du présent Article, l'application de ladite réduction ou exemption est régie par la législation interne dudit État en conjonction avec les procédures convenues à cet effet par les autorités compétentes des deux États contractants.

5. Les autorités compétentes des États contractants institueront d'un commun accord les modalités de l'application des restrictions apportées à l'imposition aux termes du présent Accord.

#### *Article 26. Échange de renseignements*

1. Les autorités compétentes des États contractants échangent les renseignements nécessaires à l'application du présent Accord. Les renseignements reçus par un État contractant sont tenus secrets de la même manière que les renseignements obtenus en application de la législation interne de cet État. Ils ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et les autorités administratives) concernées par l'établissement ou le recouvrement des impôts visés par le présent Accord, par les procédures ou poursuites concernant ces impôts, ou par les décisions sur les recours relatifs à ces impôts. Ces personnes ou autorités n'utilisent ces renseignements qu'à ces fins. Elles peuvent faire état de ces renseignements au cours d'audiences publiques de tribunaux ou dans des jugements.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent Article ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un État contractant l'obligation de :

a) Prendre des mesures administratives incompatibles avec sa législation ou sa pratique administrative, ou avec la législation ou la pratique administrative de l'autre État contractant;

b) Fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre État contractant;

c) Fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à "l'ordre public".

#### *Article 27. Privilèges diplomatiques et consulaires*

1. Aucune disposition du présent Accord ne porte atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres d'une mission diplomatique ou consulaire ou d'une organisation internationale en vertu des règles générales du droit international ou des dispositions d'accords particuliers.

2. Nonobstant l'Article 4 du présent Accord, toute personne physique qui est membre d'une mission diplomatique ou consulaire de l'un des États contractants établie dans l'autre État contractant ou dans un État tiers est réputée, aux fins du présent Accord, être un résident de l'État d'envoi à condition :

a) Conformément au droit international, de n'être pas imposable dans l'État d'accueil au titre de ses revenus provenant de sources extérieures à cet État; et

b) D'être soumise dans l'État d'envoi aux mêmes obligations fiscales sur son revenu mondial que les résidents de cet État.

#### *Article 28. Entrée en vigueur*

1. Le présent Accord est soumis à ratification et les instruments de ratification seront échangés à Kiev dès que faire se pourra.

2. Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification et il s'appliquera, dans les deux États contractants :

a) En ce qui concerne les impôts retenus à la source, aux sommes payées à partir du 1er janvier de l'année civile suivant celle au cours de laquelle il sera entré en vigueur;

b) En ce qui concerne les autres impôts, aux impôts mis en recouvrement pour les périodes commençant à partir du 1er janvier de l'année civile suivant celle au cours de laquelle il sera entré en vigueur.

3. L'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune signé à Bonn le 24 novembre 1981 prend fin en ce qui concerne les impôts auxquels le présent Accord s'applique conformément aux dispositions du paragraphe 2.

*Article 29. Dénonciation*

Le présent Accord demeurera indéfiniment en vigueur mais chaque État contractant pourra, jusqu'au 30 juin de chaque année civile suivant la cinquième année civile au cours de laquelle il sera entré en vigueur, le dénoncer par voie de notification écrite adressée à l'autre État contractant par la voie diplomatique. Dans ce cas, le présent Accord cessera d'être applicable dans les deux États contractants :

a) Dans le cas des impôts retenus à la source, pour les montants payés à partir du 1er janvier de la première année civile suivant celle de la notification;

b) Dans le cas des autres impôts, pour les montants dus pour les périodes commençant à partir du 1er janvier de la première année civile suivant celle de la notification de dénonciation.

Fait à Bonn le 3 juillet 1995 en deux versions originales, chacune dans les langues allemande, ukrainienne et anglaise, les trois textes faisant également foi. En cas de divergences d'interprétation, le texte anglais prévaudra.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

VON PLOETZ

DR. THEO WAIGEL

Pour l'Ukraine :

OSSYKA

## PROTOCOLE

La République fédérale d'Allemagne

et

l'Ukraine

sont convenus lors de la signature à Bonn le 3 juillet 1995 de l'Accord entre les deux États tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune des dispositions suivantes qui font partie intégrante dudit Accord.

### **1. En ce qui concerne l'Article 7**

a) Dans le cas d'une entreprise d'un État contractant vendant des biens ou des marchandises ou exerçant des activités commerciales ou industrielles dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable dans cet État contractant, les bénéfices dudit établissement stable ne sont pas déterminés sur la base du montant total reçu en conséquence par l'entreprise mais exclusivement sur la base de la rémunération attribuable à l'activité effective de l'établissement stable pour lesdites ventes ou lesdites opérations commerciales ou industrielles.

b) Dans le cas de marchés, particulièrement de marchés concernant les études, la fourniture, l'installation ou la construction de matériels ou de locaux industriels, commerciaux ou scientifiques, ou concernant des travaux de génie civil, et lorsque l'entreprise possède un établissement stable dans l'autre État contractant, les bénéfices dudit établissement stable ne sont pas déterminés sur la base du montant total du marché, mais exclusivement sur la base de la partie du marché dont l'exécution incombe à l'établissement stable dans l'État contractant dans lequel il est situé. Les bénéfices provenant de la fourniture de biens audit établissement stable ou les bénéfices liés à la partie du marché mise en oeuvre dans l'État contractant dans lequel est établi le siège de l'entreprise ne sont imposables que dans ledit État.

c) Les paiements reçus au titre de services techniques, y compris les études ou enquêtes de nature scientifique, géologique ou technique ou pour des études techniques, y compris les dossiers d'exécution y afférents, ou des services de consultants ou de supervision sont censés représenter des paiements auxquels s'appliquent les dispositions de l'Article 7 ou de l'Article 14 du présent Accord.

### **2. En ce qui concerne les Articles 10 et 11**

Nonobstant les dispositions de ces Articles, les dividendes et intérêts peuvent être imposables dans l'État contractant dans lequel ils sont produits, et conformément à la législation dudit État,

a) S'ils découlent de droits ou de créances comportant un droit de participer aux bénéfices (y compris les revenus versés à un commanditaire au titre de sa participation en tant que tel, ou au titre d'un "partiarisches Darlehen" et de "Gewinnobligationen" conformément à la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne) et

b) À condition que lesdits dividendes et intérêts soient déductibles s'agissant de déterminer les bénéfices de la personne redevable dudit revenu.

### **3. En ce qui concerne l'Article 23**

a) Dans le cas où une entreprise qui est résidente de la République fédérale d'Allemagne distribue des revenus provenant de sources en Ukraine, le paragraphe 1 de l'Article 23 n'empêche pas l'imposition compensatoire de l'impôt sur le revenu des sociétés s'agissant desdites distributions conformément aux dispositions de la législation fiscale allemande.

b) La République fédérale d'Allemagne évitera la double imposition en octroyant un crédit d'impôt conformément aux dispositions du paragraphe 1 (b) de l'Article 23 et non pas par le biais d'une exonération fiscale en vertu du paragraphe 1 (a) de l'Article 23,

aa) Dans le cas où des dispositions différentes du présent Accord s'appliquent au revenu des États contractants ou dans le cas où ledit revenu est attribué à des personnes physiques différentes [en dehors de l'application de l'Article 9 (Entreprises associées)] et si ces disparités ne peuvent pas être réglées en faisant appel à la procédure conformément à l'Article 25 et

i) Si à la suite de ces disparités le revenu pertinent se trouvait l'objet d'une double imposition; ou

ii) Si à la suite de ces disparités le revenu pertinent n'était imposé ou n'était l'objet que d'une imposition réduite en Ukraine et si (sans l'application du présent paragraphe) il restait non imposable en République fédérale d'Allemagne; ou

bb) Dans le cas où la République fédérale d'Allemagne, après consultation appropriée et sous réserve des limites imposées par sa législation interne a notifié à l'Ukraine, par la voie diplomatique, d'autres éléments du revenu auxquels elle a l'intention d'appliquer le présent paragraphe en vue d'éviter la double imposition du revenu dans les deux États contractants ou de prendre d'autres dispositions en vue de l'utilisation inappropriée du présent Accord.

Dans le cas d'une notification en vertu de l'alinéa bb), l'Ukraine peut, sous réserve de notification par la voie diplomatique, appliquer audit revenu en vertu du présent Accord une caractérisation conforme à celle que la République fédérale d'Allemagne applique audit revenu. Une notification faite en vertu du présent paragraphe ne prendra effet qu'à partir du premier jour de l'année civile suivant immédiatement l'année pendant laquelle la notification a été transmise et toutes les conditions requises à cet effet par la législation interne de l'État faisant la notification ont été remplies.

### **4. En ce qui concerne l'Article 26**

Il est entendu que, dans le cas où conformément à la législation interne des États contractants des données personnelles sont échangées en vertu du présent Accord, les dispositions supplémentaires ci-après s'appliquent :

a) L'État contractant recevant les données ne peut les utiliser que pour l'objectif déclaré et sous réserve des conditions prescrites par l'État contractant fournissant les données.

b) L'État contractant recevant les données informera sur demande l'État contractant fournissant les données de l'utilisation de ces dernières et des résultats obtenus.

c) Seules les agences qualifiées pourront recevoir les données personnelles. La fourniture ultérieure de ces données à d'autres agences devra être approuvée au préalable par l'État contractant fournissant les données.

d) L'État fournissant les données sera tenu d'assurer que ces dernières sont exactes et qu'elles sont nécessaires et conformes à l'objectif pour lequel elles sont fournies. Toute interdiction d'offre de données contenue dans la législation interne applicable devra être respectée. S'il apparaît que des données inexactes ou des données qui n'auraient pas dû être fournies ont été fournies, l'État contractant recevant les données en sera informé dans les meilleurs délais et sera tenu de les corriger ou de les éliminer.

e) Sur demande, la personne physique concernée sera informée des données fournies à son sujet ainsi que de leur utilisation ultérieure. Il n'est pas obligatoire de fournir cette information si, tout compte fait, l'intérêt général l'emporte sur l'intérêt de la personne concernée. Pour tous les autres aspects, les droits de la personne concernée à être informée de la fourniture de données la concernant sera régie par la législation interne de l'État contractant sur le territoire souverain duquel la demande d'information est faite.

f) L'État contractant recevant les données assumera, conformément à sa législation interne toutes responsabilités pour tout dommage illicite à la suite de la fourniture de données dans le cadre de l'échange conformément au présent Accord. En ce qui concerne la personne ayant subi des dommages, l'État contractant recevant les données n'est pas habilité à contester sa propre responsabilité et à prétendre que les dommages ont été causés par l'État contractant fournissant les données.

g) Dans le cas où la loi interne de l'État contractant fournissant les données imposerait une date limite à l'élimination de ces dernières, ledit État indiquera les dates limites en question au moment de la fourniture des données. Indépendamment desdites dates limites, les données personnelles fournies seront éliminées dès qu'elles ne seront plus indispensables à l'objectif pour lequel elles étaient fournies.

h) L'État contractant fournissant les données et l'État contractant les recevant sont tenus d'enregistrer officiellement l'offre et la réception des données personnelles.

i) L'État contractant fournissant les données et l'État contractant les recevant sont tenus de prendre des mesures effectives afin de protéger les données personnelles fournies contre tout accès, modification et divulgation non autorisés.